

P L A E D O Y E R

fuer

R U D O L F   H E S S

vor dem

INTERNATIONALEN MILITAERGERICHTSHOF NUERNBERG

IM PROZESS

gegen Hermann Goering und andere.

von

Dr. jur. Alfred S e i d l

Rechtsanwalt

Verteidiger des Angeklagten Rudolf HESS

*"Festungsbefehl"  
L. (L. 100/100)*

*Verurteilung 18. 4. 46*

Rechtsanwalt  
**Dr. Alfred Seidl**  
München 3  
Neuhäuserstraße 50/II  
(gegenüber Café Fürstenhof)  
Fernsprecher 22 28 und 1 24 29  
Schloßbach 271

*Dr. Seidl*

Siehe  
Kontrag  
5.7.1946  
Bd 17, ab  
Seite 542

Streichung durch das Gericht am 5.7.46

Als im Jahre 1918 die deutschen Armeen nach mehr als vierjaehrigem heldenhaften Kampf die Waffen niederlegten, geschah dies im Vertrauen auf die Zusicherungen des Praesidenten Wilson, die dieser wiederholt im Jahre 1918 gegeben hat. In der Kongressrede vom 8. Januar 1918 hatte der Praesident der Vereinigten Staaten von Amerika in 14 Punkten unter anderem offene, oeffentlich vereinbarte Friedensvertraege verlangt. Er forderte die Freiheit der Meere, die moeglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung der Gleichheit der Handelsbedingungen fuer alle Staaten. Er forderte weiter die Herabsetzung der Ruestungen bis zu dem Ausmasse, das mit der inneren Sicherheit vereinbar ist. Es sollte eine freie, unbefangene und absolut unparteiische Regelung der Kolonialfragen getroffen werden. Endlich verlangte er in Punkt 14 die Bildung eines allgemeinen Voelkerbundes mit gegenseitigen Garantien fuer die politische Unabhaengigkeit und Unversehrtheit fuer alle grossen und kleinen Staaten.

Auf drei spaeteren Kundgebungen hat Praesident Wilson diese Vorschlaege ergaenzt durch 13 weitere Punkte, die sich in der gleichen Richtung bewegten.

Diese 27 Wilson-Punkte aber blieben, wie man vielleicht annehmen koennte, kein blosses politisches Programm. Sie erlangten voelkerrechtliche Bedeutung dadurch, dass sie zur lex contractus der Friedensvertraege geworden sind. Am 5. Oktober 1918 hat naemlich die deutsche Reichsregierung den Praesidenten Wilson ersucht, die Herstellung des Friedens auf der Grundlage seiner Vorschlaege in die Hand zu nehmen. Am 5. November 1918 hat daraufhin der amerikanische Staatssekretaer Lansing nach mehrfachem Notenwechsel geantwortet, dass der Praesident der Vereinigten Staaten den deutschen Friedensvorschlag den alliierten

nur ab dem 25.7.46

\* Neuer Vortrag nach Aenderung dieser Fassung ab  
5.390 Bd 19, 25.7.1946 Basise 437.

Regierungen mitgeteilt habe und dass diese sich bereit erklarten, mit dem Deutschen Reiche gemaess den vom Praesidenten Wilson niedergelegten Friedensbedingungen Frieden zu schliessen, wobei lediglich der mehrdeutige Grundsatz der Freiheit der Meere ausser Betracht bleiben und ausserdem Deutschland verpflichtet sein sollte, fuer allen Schaden Wiedergutmachung zu leisten, den es der Zivilbevoelkerung der Alliierten zugefuegt hat.

Erst auf Grund dieser beiderseitig angenommenen Friedensgrundlage hat das Deutsche Reich den Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen. Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland einen unmittelbaren voelkerrechtlichen Anspruch auf Einhaltung der in den 27 Punkten des Praesidenten Wilson enthaltenen Zusicherungen erworben hat.

Die von den alliierten und assoziierten Maechten ueberreichten Friedensbedingungen standen jedoch in zahlreichen und grundlegenden Fragen mit dem Geiste und mit dem Wortlaute des Vorwaffenstillstandsvertrages in offenem Widerspruch. Die Deutsche Regierung hat daher in ausfuehrlichen Noten auf die Rechtswidrigkeit und vielfache Unerfuellbarkeit der Friedensbedingungen hingewiesen. Alle Einwendungen hatten jedoch nur geringen Erfolg. An den wesentlichen Bedingungen wurde nichts geaendert und schliesslich wurde dem besiegten Deutschland angedroht, dass im Falle der Nichtannahme der Bedingungen in kurzer Frist der Waffenstillstandsvertrag ausser Kraft treten und die alliierten und assoziierten Maechte jene Massnahmen ergreifen wuerden, die sie zur Auferlegung der Friedensbedingungen fuer notwendig erachteten. Erst unter dem Drucke dieser voelkerrechtswidrigen Drohung erfolgte die Annahme der Friedensbedingungen. Als am 28. Juni 1919 in Versailles der Friedensvertrag unterzeichnet wurde und seine Bedingungen bekannt wurden ging ein Sturm der Entruestung durch das ganze Deutsche Volk. Die Stunde, in der die deutschen Unterhaendler ihre Unterschrift unter das

Diktat von Versailles setzten, war auch die Geburtsstunde des Nationalsozialismus.

Denn es kann keinem Zweifel unterliegen: Als nach mehr als vierjaehrigen heldenhaften Kampf das deutsche Volk die Waffen niederlegte, hat es dies in der Hoffnung getan, die hohen sittlichen Grundsaeetze des amerikanischen Praesidenten Wilson in kuenftigem Friedensvertrag verwirklicht zu finden und einen Frieden zu bekommen, der auch die elementaren nationalen Interessen des Deutschen Volkes beruecksichtigte. Dem war jedoch nicht so. Das Diktat von Versailles stand nicht nur in krassem Widerspruch zu den Bedingungen des Vorwaffenstillstandsvertrages, sondern es verstoesst vor allem auch gegen die Grundsaeetze jeder vernuenftigen Friedensverordnung. Mit Recht konnte daher die Enzyklika " Ubi arcano " vom 23. Dezember 1922 auf das Friedensdiktat von Versailles die Worte des Propheten beziehen: "Wir hofften auf den Frieden, aber er brachte nicht das Heil; wir hofften auf die Heilung, aber es kam der Schrecken; wir hofften auf die Stunde der Genesung, aber es kam die Wirrnis; wir erwarteten das Licht, aber es kam die Finsternis". (Ende des Zitats).

Nicht minder scharf urteilte der Staatssekretaer des Auswaertigen im Kabinett Wilsons und amerikanische Friedensdelegierter in Paris. Er schrieb in seinem 1921 erschienenen Buch "Die Versailler Friedensverhandlungen": "Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Trieb sand des Eigennutzes gegruendet ist... Man stimmt darueber ueberein, dass der Vertrag unklug und unbrauchbar sei, dass er in Intrigen gezeugt und durch Begehrlichkeit ausgebaut sei und Kriege eher hervorrufen, als verhindern werde". (Seite 207)

Den einzigen Lichtblick im Diktat von Versailles bildete eine Stelle der Wantelnote vom 16. Juni 1919, in der die alliierten und assoziierten Maechte ausfuehren, dass der Friedensvertrag selbst das Organ schafft, um alle internationalen Streitfragen durch Aussprache und Einvernehmen

Strichung durch das Gericht am 5. 7. 46

25.7.46

schlichten zu koennen und sogar dafuer Vorsorge trifft, dass der Friede von 1919 abgeaendert und den neuen Bedingungen angepasst werden kann. Die Mantelnote spielte damit auf das Verfahren des Art. 19 der Voelkerbundssatzung an, dessen sich der Voelkerbund nach Wilson bedienen sollte, um die auf der Friedenskonferenz unter den Tisch gefallenen Wilson-Punkte wieder hervorzuholen.

*Hier durfte er weiter vortragen*

So begann der Kampf um die Revision des Friedensdiktats von Versailles schon im Augenblick seiner Unterzeichnung. Im Programm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Adolf Hitlers hat dieser Kampf gegen das Versailler Friedensdiktat und seine Revision einen alle anderen Forderungen weit ueberragenden Platz eingenommen. Er war der Leitgedanke, an dem sich die gesamte innenpolitische Taetigkeit der Partei ausrichtete und der nach der Machtubernahme die Grundlage fuer alle aussenpolitischen Ueberlegungen und Entscheidungen bilden sollte.

Einer der ersten Mitkaempfer Adolf Hitlers war der Angeklagte Rudolf Hess. Wie Hitler war auch Rudolf Hess Frontkaempfer im ersten Weltkrieg. Als Freiwilliger bei Ausbruch des Krieges eingerueckt, brachte er es bis zu seiner Verwundung in Rumaenien bis zum Leutnant der Infanterie. Als die erlittene Verwundung weiteren Frontdienst bei der Infanterie unmoeglich machte, meldete er sich zur Fliegertruppe. Nach dem Waffenstillstand nahm er noch an verschiedenen Freikorpskaempfen teil, um dann im Jahre 1919 nach dem Abschluss des Versailler Friedensvertrages erkennen zu muessen, dass die Sieger keinen Frieden der Gerechtigkeit und des Ausgleichs der Interessen gewollt hatten, sondern dass Deutschland das Opfer der Willkuer und der Macht geworden war.

Denn wie nicht anders zu erwarten, mussten sich die Friedensbedingungen von Versailles und insbesondere die Last der Reparationen auf die an sich schon stark in Mitleidenschaft gezogene deutsche Volkswirtschaft verheerend auswirken. Die Folgen mussten umso fuerchter werden,

*\* geschrieben*

*5.2.46*



als Frankreich im Jahre 1923 ohne jeden Rechtsgrund daranging, das Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands, militaerisch zu besetzen. Die Folgen dieses Voelkerrechtsbruches sind bekannt. Waren die Folgen der Ruhrbesetzung fuer ganz Europa schon sehr schlimme, so mussten sie sich fuer die deutsche Volkswirtschaft in ganz besonderem Masse schaedlich auswirken.

In dieser Zeit des wirtschaftlichen Zusammenburchs, der voelligen Wehrlosigkeit Deutschlands machte Adolf Hitler zum ersten Male den Versuch, am 9. November 1923 durch einen revolutionaeren Akt die Macht im Staate in die Hand zu bekommen. Auch der Angeklagte Rudolf Hess war an diesem Marsch zur Feldherrnhalle in Muenchen beteiligt. Zusammen mit Adolf Hitler verbuesste er die gegen ihn vom Volksgericht ausgesprochene Strafe auf der Festung Landsberg, auf der Hitler sein Buch "Mein Kampf" geschrieben hat.

gestrichen

25.7.26

abs. 601  
oben

Als im Jahre 1925 die Partei wieder gegruendet wurde, war Rudolf

257

Hess wieder einer der Ersten, die zusammen mit Adolf Hitler den Kampf <sup>umkehrung</sup> ~~um eine nationale Wiedergeburt~~ des deutschen Volkes gegen das Versailler Diktat, gegen dessen unvernuenftigen Reparations- <sup>aufnahmen</sup> ~~gestrichen~~ gestrichen forderungen und fuer eine nationale Wiedergeburt aufnahmen. In den

ersten Jahren nach der Neugruendung sollte die Partei nur einen langsamen Aufstieg beginnen. Die deutsche Volkswirtschaft hatte sich von den schlimmsten Folgen des Ruhreinbruches wieder erholt. Die Waehrung war stabilisiert worden und infolge umfangreicher Auslandskredite war es sogar gelungen, einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizufuehren.

Sehr bald sollte es sich jedoch zeigen, dass der wirtschaftliche Aufstieg der Jahre 1927/1928/1929 in Wirklichkeit nur eine Scheinbluete war, der jedenfalls in Deutschland keine Grundlage in einer gesunden und ausgeglichenen Volkswirtschaft hatte. Es ist richtig, dass die Wirtschaftskrise, die mit dem Jahre 1930 begonnen hat, eine allgemeine Krise der Weltwirtschaft war und dass der damalige Niedergang in Deutschland nur ein Teil des allgemeinen Verfalls innerhalb der Weltwirtschaft war. Es ist aber ebenso sicher, dass es sich hier nicht lediglich um einen konjunkturellen Abstieg innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft handelte, wie ihn die einzelnen Verkehrswirtschaften der Laender und die Weltwirtschaft vorher schon wiederholt erlebt hatten, sondern dass es sich hier um strukturelle Veraenderungen handelte, die verschiedene Ursachen haben moegen, von denen eine der wichtigsten aber ohne jeden Zweifel die durch die unvernuenftigen Reparationsleistungen des Versailler Vertrages verursachte Stoerung des Gueter- und Zahlungsmittel-austausches ist.

Ebenso sicher ist, dass die Folgen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland nicht zuletzt deshalb so verheerend sein und am Ende ihren Ausdruck in einer Arbeitslosenziffer von fast 7 Millionen finden konnten, weil in Deutschland die durch die Reparationen im Gefuege der

gestrichen am 5.7.06

am 25.7.46  
vorgelesen werden  
5. 347

am 25.7.46

Volkswirtschaft verursachten Veraenderungen besonders tiefgreifend waren. //

Mit Recht hat daher der Bericht des Baseler Sachverstaendigenausschusses zur Untersuchung der deutschen Finanzlage - bekannt unter den Namen Layton-Bericht - im Jahre 1931 unter anderem ausgefuehrt:

"... Der Wirtschaftskoerper der Welt, dessen Lebenskraft ohnehin sehr geschwaecht ist, hat bei einem seiner wichtigsten Glieder einen schweren Schlag erhalten. Dieser hat zu einer teilweisen Laehmung gefuehrt, die nur durch eine Wiederherstellung des freien Geld- und Gueterverkehrs behoben werden kann. Wir moechten darauf hinweisen, dass das Beispiel Deutschlands die eindrucksvollste Illustration der Tatsache ist, dass die Welt in den vergangenen Jahren versucht, zwei verschiedene, sich widersprechende politische Grundsaeetze zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems zuliesse, welches die jaehrliche Zahlung grosser Summen von Schulden an Glaebigerlaender mit sich bringt, gleichzeitig aber der freien Gueterbewegung Hindernisse in den Weg legt".

Aehnlich hat sich der bekannte schwedische Nationaloekonom Prof. Gustav Cassel in einem am 19.11.1931 im Stockholmer "Svenka Dagbladet" erschienenen Artikel ausgedrueckt: "Es waere toericht, sich vorzustellen, dass andere Laender bereit sein sollten, deutsche Waren zu bezahlen, aber auf die Bezahlung ihrer eigenen Waren und Forderungen zu verzichten, nur um dadurch Frankreich die Moeglichkeit zum Erhalt der Tribute zu geben. Wenn Frankreich die angedeutete Entwicklung erzwingt, so muss es die Verantwortung fuer eine Vernichtung des Welthandels und der Weltwirtschaft uebernehmen, die ueber alle Grenzen geht".

Diese beiden Beispiele koennten noch um viele vermehrt werden. Tatsaechlich kann heute ernstlich nicht bestritten werden, dass die im Versailler Vertrag getroffene Regelung der Reparationen und die Weigerung der Siegerstaaten von 1919, rechtzeitig in eine vernuenftige Neuregelung

gestrichen am 5.2.06

gestrichen am 25.7.46



gestrichen am 5.7.46

gestrichen  
25.7.46

einzuwilligen, zu den schwersten Erschuetterungen der gesamten Welt-  
wirtschaft und vor allem der deutschen Volkswirtschaft gefuehrt hat.  
Der ursaechliche Zusammenhang zwischen dem Friedensvertrag von Versailles  
der jede konstruktive Idee vermissen laesst und der tatsaechlich in  
Europa nicht nur keine Loesung der Probleme gebracht, sondern im Gegen-  
teil neue Schwierigkeiten aufgeworfen hat und dem wirtschaftlichen Zu-  
sammenbruch der Jahre 1930 bis 1932 mit seinem besonders nachteiligen  
Wirkungen fuer Deutschland kann nicht geleugnet werden.

abs.  
001

gesehen ab S. 391 am 25.7.46

Wenn daher in den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 die  
Nationalsozialistische Partei einen grossen Wahlsieg errungen hat, und  
mit nicht weniger als 107 Abgeordneten in den neuen Reichstag eingezo-  
gen ist, dann ist das nicht zuletzt eine Folge der damaligen Wirtschafts-  
krise, der grossen Arbeitslosigkeit und damit mittelbar auch der jeder  
wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Regelung der <sup>Reparationsleistungen</sup> Reparationen  
<sup>geschiehen</sup> durch den Versailler Vertrag/und der Weigerung der Siegerstaaten, trotz  
eindringlichster Warnungen in eine Neuregelung einzuwilligen. Es ist  
zwar richtig, dass durch den Dawes - und durch den Youngplan die im  
Versailler Vertrag vorgesehenen Reparationsleistungen und die Art der  
Abwicklung abgeaendert wurden. <sup>5.7.46</sup> Es ist aber ebenso richtig, dass diese  
Aenderungen zu spaet erfolgten und von Deutschland weiterhin Leistungen  
in einem Umfang und unter Bedingungen verlangten, die unfehlbar zu einer  
wirtschaftlichen Katastrophe fuehren mussten und dann auch tatsaechlich  
gefuehrt haben. <sup>wie ab S. 391 am 25.7.46</sup> In diesem Zusammenhang ist auf folgendes hinzuweisen:

gestrichen am 5.7.46

gesehen  
am  
25.7.46  
S 391

Die Anklagevertretung hat umfangreiches Beweismaterial in Bezug auf  
den Aufstieg der NSDAP. bis zu ihrer Machtuebernahme vorgelegt. Ein Ver-  
gleich der Reichstagmandate in den Jahren 1930 bis 1932 mit den Arbeits-  
losenziffern der gleichen Zeit wuerde ergeben, dass die Entwicklung  
dieser Ziffern ungefaehr gleichlaufend war. Je trostloser die durch die  
Arbeitslosigkeit bedingten sozialen Erscheinungen wurden - im Jahre 1932

Seite 11 gestrichen

id. S. 607  
unten

bis Seite  
ab hier  
nicht mehr  
5.7.06

\*

Ab hier konnte Dr. Seidl nicht mehr weiter  
vertragen. Beginn neuer Neuem erst am 25.7.06 (20 Tage  
später)

Als das Deutsche Volk in Erfuellung des Friedensvertrages von Versailles  
abgeruestet hatte, konnte es mit Recht erwarten, dass auch die Sieger-  
maechte entsprechend ihrer <sup>in der Verrechnung</sup> im Vertrag uebernommenen Verpflichtung ab-  
ruesten wuerden. Dies ist nicht geschehen und es kann keinem Zweifel  
unterliegen, dass die Verweigerung der Gleichberechtigung bezw. die Wei-  
gerung, nun auch selbst abzuruesten, mit einer der wesentlichsten Gruen-  
de fuer den Aufstieg des Nationalsozialismus in den Jahren 1931 und 1932  
darstellte. Und wenn ueberhaupt ein Argument Hitlers im Deutschen Volk  
einen Widerhall gefunden hat, dann war es das, dass man einem Volk wie  
dem Deutschen, einem Volk, das ueber eine Bevoelkerung von mehr als 75  
Millionen verfuegt und im Herzen Europas gelegen ist und eine kulturelle  
Vergangenheit wie wenig andere Voelker hat, auf die Dauer auch nach  
einem verlorenen Krieg die Gleichberechtigung nicht versagen kann. Es  
ist in diesem Saale schon einmal darauf hingewiesen worden, dass man  
ein Volk, das einen Luther, einen Kant, einen Goethe und einen Beethoven  
hervorgebracht hat, nicht auf unbeschraenkte Zeit als Volk minderen  
Ranges behandeln kann. Immer wieder konnte Hitler auf die Tatsache ver-  
weisen, dass die Staatsmaenner der Weimarer Republik kein Mittel unver-  
sucht liessen, um auf friedliche Weise die Revision der untragbarsten  
Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erreichen. Acht Jahre lang  
sind die Staatsmaenner des demokratischen Deutschlands, sind ein  
Stresemann und ein Bruening nach Genf gegangen, um die immer wieder ver-  
sprachene Gleichberechtigung Deutschlands endlich zu erreichen und  
immer wieder wurden sie mit leeren Haenden nach Hause geschickt. Die  
sich daraus ergebenden Gefahren konnten niemanden verborgen bleiben.  
In der Tat wurde die Welt sowohl durch deutsche Staatsmaenner als auch  
insbesondere durch einsichtige Politiker der ehemaligen Feinde Deutsch-  
lands gewarnt. Alle diese Warnungen wurden in den Wind geschlagen. [Un-  
ter diesen Umstaenden ist man fast versucht zu sagen: Die Welt hat den

Unvoll-  
kommen  
gedruckt  
am  
25.7.46

Nationalsozialismus gewollt und sie darf sich nunmehr nicht wundern, wenn sie ihn auch bekommen hat. ]

} geschrieben  
25.7.36

als hier  
wieder  
am 25.7.36

→ Als endlich im Jahre 1932 die Nationalsozialistische Partei mit 230 Reichstagsmandaten die weitaus staerkste Partei in Deutschland geworden war, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Adolf Hitler und seine Partei mit der Uebernahme der Regierungsgewalt beauftragt wurde. Dies konnte auf die Dauer umso weniger verhindert werden, als die vorhergehenden Regierungen des Herrn von Papen und des Generals Schleicher im Reichstag ueber keinerlei nennenswerte Gefolgschaft verfuegten und die Regierungsgewalt ausschliesslich auf dem Notverordnungsweg des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung ausuebten. Als dann Adolf Hitler tatsaechlich am 30. Januar 1933 vom Reichspraesidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wurde, ist das durchaus im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung geschehen. Hatte doch die Nationalsozialistische Partei im Jahre 1932 bei den Reichstagswahlen Waehlerstimmen in einem Umfang auf sich vereinigt, wie dies vorher seit dem Bestehen des Deutschen Reiches keiner Partei gelungen war. Wenn der Fuehrer dieser staerksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, so war das insbesondere im Hinblick auf die damals in Deutschland bestehenden parlamentarischen Verhaeltnisse durchaus nichts Aussergewoehnliches und es kann nicht der geringste Zweifel darueber bestehen, dass Hitler und seine Partei legal, d.h. verfassungsmuessig an die Macht gekommen sind. Richtig ist allerdings, dass sich im Laufe der folgenden Jahre die staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reiches und insbesondere die Stellung Hitlers geaendert hat. Es liegen aber keinerlei Anhaltspunkte dafuer vor, dass auch diese Entwicklung nicht legal gewesen waere. Ich nehme dabei, um Wiederholungen zu vermeiden, Bezug auf die Ausfuehrungen des Zeugen Dr. Lamers. Es kann dabei voellig dahingestellt

bleiben ob man diese Entwicklung zur absoluten Alleinherr-  
schaft Hitlers erklären will mit der Bildung eines sogenannten  
Staatsgewohnheitsrecht oder ob man einer andere Theorie sich  
zurecht legt. Entscheidend scheint mir fuer den Rahmen dieses  
Prozesses vielmehr zu sein, dass kein einziger Staat, mit dem  
Deutschland diplomatische Beziehungen unterhalten hat, und  
zwar weder bei der Machtuebernahme noch anlaesslich der vor al-  
ler Welt offen sich vollziehenden Umgestaltung der staatsrecht-  
lichen Struktur irgendwelche Bedenken erhoben oder gar diplo-  
matische oder voelkerrechtliche Konsequenzen daraus gezogen  
hat. Die diplomatische und voelkerrechtliche Anerkennung des  
Nationalsozialistischen Staates hat weder bei der Machtuebernahme  
noch zu irgendeinem spaeteren Zeitpunkt in Frage gestanden.  
Nur ergaenzend sei in diesem Zusammenhang darauf hinge-  
wiesen, dass das Gesetz, das in der Folgezeit fuer das Verhaelt-  
nis zwischen Staatsbuerger und Staat am bedeutungsvollsten  
werden sollte, noch von dem Reichspraesidenten von Hindenburg  
auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen wurde. Ich  
meine die Verordnung des Reichspraesidenten zum Schutz von Volk  
und Staat vom 28. Februar 1933 ( Reichsgesetzblatt Teil I Seite 83)  
Im Par. 1 dieser Verordnung wurden die wesentlichsten Grundrechte  
der Weimarer Verfassung ausser Kraft gesetzt und Beschraenkungen  
der persoenlichen Freiheit, das Recht der freien Meinungsaeus-  
serung, einschliesslich der Pressefreiheit, des Vereins - und  
Versammlungsrechts. Eingriffe in das Brief-, Post -, Telegraphen-  
und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von  
Beschlagnahmen, sowie Beschraenkungen des Eigentums auch ausser-  
halb der sonst hierfuer bestimmten gesetzlichen Grenzen fuer zu-  
laessig erklaert. An der Rechtsgueltigkeit dieser Verordnung kann in  
formaler Hinsicht ebenso wenig ein Zweifel bestehen wie an irgendeinen  
anderen vom Reichstag, von der Reichsregierung, vom Ministerrat



fuer die Reichsverteidigung oder von Hitler selbst erlassenen sogenannten Verfassungs- oder Staatsgrundgesetz. ---

Meine Herren Richter!

Ich habe bereits zu Beginn der Beweisaufnahme ausgefuehrt, dass der Angeklagte Rudolf Hess die Zustaendigkeit des Internationalen Militaer-Tribunals bestreitet, soweit andere Tatbestaende als echte Kriegsverbrechen den Gegenstand des Verfahrens bilden. Ich habe ferner im Namen des Angeklagten Hess erkluert, dass dieser die volle Verantwortung uebernimmt fuer alle Gesetze und Verordnungen, die er in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Fuehrers, als Reichsminister und als Mitglied des Ministerrates fuer die Reichsverteidigung unterschrieben hat.

Ich habe daher davon abgesehen, Beweismittel in Bezug auf Anklagen vorzulegen, die lediglich innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches als souverainen Staat betreffen und in keinem Zusammenhang stehen mit dem von der Anklage behaupteten Verbrechen gegen den Frieden und von Verbrechen gegen die Gebraeuche des Krieges. Ich werde daher auch jetzt nur auf solche Gesetze und staatsrechtlichen und politischen Massnahmen eingehen, die in irgendeinem erkennbaren Zusammenhang stehen mit den eigentlichen Anklagepunkten und dem von der Anklage behaupteten gemeinsamen Plan oder Verschwuerung.

Die Anklageschrift macht dem Angeklagten Rudolf Hess zum Vorwurf, die militaerische, wirtschaftliche und psychologische Vorbereitung auf den Krieg gefoerdert und an der politischen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen teilgenommen zu haben. Zum Beweis dieser Behauptung hat die Anklage auf die Tatsache hingewiesen, dass der Angeklagte Rudolf Hess das Gesetz fuer den Aufbau der Wehrmacht vom 16. Maerz 1935 in seiner Eigenschaft als Reichsminister ohne Geschaeftsbereich mit unterschrieben hat. Mit diesem Gesetz wurde die allgemeine Wehrpflicht in



Deutschland wieder eingefuehrt und bestimmt, dass sich das deutsche Friedensheer in 12 Korpskommandos und 36 Divisionen gliedern solle. Nicht minder wichtig als der Inhalt dieses Gesetzes scheint mir fuer das gegenwaertige Verfahren die Proklamation zu sein, die die Reichsregierung an das Deutsche Volk im Zusammenhang mit der Verkuendung dieses Gesetzes gerichtet und dem Gesetz im Reichsgesetzblatt vorangestellt hat. Ich nehme auf den Inhalt dieser Proklamation, die als Beweisstueck vorgelegt wurde, Bezug. Diese Proklamation vom 16. Maerz 1935 enthaelt nichts an wesentlichen Argumenten, was nicht vorher schon von deutschen demokratischen Regierungen in der Zeit der Weimarer Republik in dieser Frage vorgebracht worden waere. Die Forderung nach militaerischer Gleichberechtigung wurde von Deutschland bereits im Jahre 1924 erhoben und zwar anlaesslich der Verhandlungen ueber den bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Voelkerbund. Obwohl in Deutschland die Verbindung der Satzung des Voelkerbundes mit dem Versailler Friedensvertrag die Voelkerbundsatzung stellt bekanntlich einen Teil des Vertrages selbst dar - immer als eine unglueckliche Loesung empfunden worden war, so hat auf der anderen Seite das Deutsche Volk den Gedanken eines Voelkerbundes als einen derjenigen Punkte des Praesidenten Wilson betrachtet, die am ersten geeignet erschienen, auch dem Deutschen Volk den Weg in eine bessere Zukunft mit zu bahnen helfen. In diesem Zusammenhang darf vielleicht daran erinnertt werden, dass es der deutsche Philosoph Immanuel Kant war, der zum ersten Mal den Gedanken eines Voelkerbundes oeffentlich vertreten hat. Leider muss auch hier festgestellt werden, dass die von Praesident Wilson in seiner grossen Rede vom 4. Juli 1918 in Bezug auf den zu errichtenden Voelkerbund gestellten Forderungen nicht erfuehlt wurden. Waehrend Wilson " ein wahrhaftes Tribunal der oeffentlichen Meinung, dem sich alle unterwerfen muessen und das alle Streitigkeiten, welche die interessierten Voelker nicht auf unmittelbarem

Wicht mehr am 15. 7. 46



Wege beizulegen vermoegen, zu entscheiden haette" gefordert hatte, kam es infolge des Widerstandes der alliierten Maechte lediglich zur Gruendung einer Machtorganisation der Sieger. Dies war umso bedauerlicher, als zum Beispiel auch in diesen Punkte die deutsche Friedensdelegation nicht nur eine vollstaendige und allzeitige Abruestung und eine internationale Ordnung fuer die Kolonien, sondern auch die Errichtung eines aus Vertretern der staatlichen Parlamente zusammengesetzten Weltparlaments vorgeschlagen hatte.

Als dann Deutschland im Jahre 1926 ebenfalls dem Voelkerbund beitrat, geschah dies in der Annahme, dass dies nur auf dem Boden der Gleichberechtigung geschehen koenne. In der ersten amtlichen Kundgebung des Voelkerbundsrates an die deutsche Regierung vom Dezember 1924 ist dies auch voellig klar zum Ausdruck gebracht: "Der Rat nimmt Kenntnis davon, dass die deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen unter denen Deutschland in einen Voelkerbund einzutreten wuenscht, auf jede Absicht verzichtet, fuer Deutschland besondere Verguenstigungen zu verlangen, dass sie aber erwartet, dass dieser Eintritt sich auf dem Fuss der Gleichberechtigung vollzieht. Der Rat selbst stellt fest, dass die zehn befragten Regierungen, d.h. die Ratsmaechte, ueber diese Voraussetzungen voellig einig sind."

Seit dieser Zeit hat keine deutsche Regierung aufgehoeert immer wieder die Forderung nach der deutschen Gleichberechtigung zu erheben. Ich habe bereits ausgefuehrt und die ganze Welt weiss es, dass diese Forderung nicht erfuehlt wurde und dass dies der Grund war, der die deutsche Regierung veranlasste, die Abruestungskonferenz am 14. Oktober 1933 zu verlassen und den Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund am gleichen Tag zu erklaeren.

*ganze Sache wird auch  
am 25.7.46*

Mit Recht konnte daher die deutsche Regierung erklären, dass die Abrüstungskonferenz nur gescheitert war infolge der Weigerung der Siegerstaaten von 1919, auch ihrerseits dem Beispiel Deutschlands zu folgen und die allgemeine Abrüstung durchzuführen. Unter diesen Umständen konnte nach dem endgültigen Scheitern der allseitigen Abrüstung die Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands nur mehr durch Wiederaufrüstung erfolgen. Wenn daher Deutschland am 16. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hat, so geschah dies zu einer Zeit und unter Bedingungen, die es völlig ausschliessen, von einem Verstoß gegen den Versailler Vertrag zu sprechen. Dann spätestens durch die endgültige Weigerung der anderen Signatarmächte und insbesondere Frankreichs, auch ihrerseits abzurüsten, hat der Teil des Versailler Vertrages zu bestehen aufgehört, der die Artikel über die Abrüstung enthält. Bekanntlich beginnen die Rüstungsbestimmungen des Vertrages mit einer Präambel, die folgendermassen lautet: " Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die folgenden Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau zu beobachten. " Es ist keine Frage, dass es sich hier um eine echte Vereinbarung handelt, und dass Deutschland nicht nur einen politischen, sondern einen rechtlichen Anspruch erworben hat. Mit Recht hat daher Lord Robert Cecil, Mitglied der britischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz bereits im Jahre 1924 erklärt:

" Die Präambel zu den Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages ist ein feierliches Versprechen der Regierungen an die Demokratie aller Staaten, die die Friedensverträge unterzeichnet haben. Wenn es nicht gehalten wird, so kann das

ganze Satz nicht mehr  
am 25.7.46

durch die Friedensverträge errichtete System nicht dauerhaft gestaltet werden und selbst die Teilabr stung wird binnen kurzem zu bestehen aufhören". ( Ende des Zitats )  hnlich hat sich Paul Boncour am 8. April 1927 in der dritten Tagung der vorbereitenden Abr stungskommission des Völkerbundes ausgesprochen. In der gleichen Richtung liegt die Erklärung, die der Pr sident der Abrüstungskonferenz Henderson am 20. Januar 1931 abgegeben hat und in der er unter anderem ausführte: " Wir müssen unsere Parlamente und Völker überzeugen, dass alle Mitglieder des Völkerbundes zu dieser Politik der allgemeinen Abr stung durch feierliche Verpflichtungen gezwungen werden, die uns das internationale Recht ebenso wie die nationale Ehre auferlegen. Soll ich im Rat daran erinnern, dass der Artikel 8 der Satzung, die Präambel des Teiles V des Versailler Vertrages, die Schlussakte der Konferenz von Locarno und jeder der seit 1920 von der Versammlung angenommenen Beschlüsse darlegen, dass alle Bundesmitglieder auf diesem Gebiet die gleiche Verantwortung trifft ? Alle haben wir Verpflichtungen auf uns genommen und wenn wir sie nicht erfüllen, wird man unsere friedlichen Absichten in Zweifel ziehen können". ( Ende des Zitats ). Viele solcher Äusserungen verantwortlicher Staatsmänner könnten noch zitiert werden, wenn auch nur der geringste Zweifel darüber bestehen sollte, dass die Signatarm chte des Versailler Vertrages, die sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen in Bezug auf die Abr stung nicht erfüllt haben. Es ist das nicht notwendig. Die Welt weiss, dass diese Verpflichtung nicht erfüllt wurde und dass damit die deutsche Regierung das Recht erhielt, nun ihrerseits die volle Souveränität des Deutschen Reiches auf diesem Gebiet wieder herzustellen.

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch das Gesetz vom 16. März 1935 wird in der Anlageschrift offenbar nicht als selbständige strafbare Handlung betrachtet, sondern nur als Teil des von der Anklage behaupteten gemeinsamen Planes, der darauf abgezielt haben

soll, Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Kriegsrecht und gegen die Humanitaet zu begehen. Ob ueberhaupt jemals ein derartiger Plan bestanden hat, ob und in welchem Umfang der Angeklagte Rudolf HESS daran beteiligt war und welche Rolle die Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Plan in objektiver und in subjektiver Beziehung gespielt haben, werde ich spaeter eingehend darlegen.

Im Rahmen des gemeinsamen Planes, einen Angriffskrieg geplant und vorbereitet zu haben, wird der Angeklagte HESS auch persoenlich beschuldigt, die Auslandsorganisation der NSDAP., den Volksbund fuer das Deutschtum im Ausland, den Bund Deutscher Osten, den Deutsch-Amerikanischen Bund und das Deutsche Auslandsinstitut in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Fuehrers eingesetzt zu haben. Die von der Anklagevertretung in diesem Zusammenhang vorgelegten Dokumente vermoegen nicht den Nachweis erbringen, dass der angeklagte HESS selbst diesen Organisationen Weisungen oder Befehle erteilt haette, die sie zu einer Taetigkeit aehnlich der einer 5. Kolonne haetten veranlassen koennen. Die Vernehmung der Zeugen Bohle, Stroehlin und Alfred Hess hat im Gegenteil ergeben, dass gerade der Angeklagte Hess diesen Organisationen und Leitern auf das Strengste untersagt hat, sich in den inneren Angelegenheiten der anderen Staaten zu mischen. Dafuer, dass die genannten Organisationen tatsaechlich eine Taetigkeit entwickelt haetten, die darauf gerichtet waere, die fremden Staatsgebilde von innen heraus zu unterhoehlen koennte vollends von der Anklage kein Nachweis erbracht worden. Unter diesen Umstaenden eruebrigt sich, naecher auf die Taetigkeit der genannten Organisationen und Einrichtungen einzugehen, insbesondere nachdem auch keinerlei Anhaltspunkt dafuer vorliegt, dass zwischen den Aufgaben und Funktionen dieser Organisationen und den Ereignissen, die dann im Jahre 1939 zum Kriegausbruch fuehrten, irgendein ursaechlicher Zusammenhang besteht.



Mit mehreren von der Anklagevertretung vorgelegten Beweisstuecken wurde ferner der Nachweis zu fuehren versucht, dass der Angeklagte Rudolf Hess auch an der Besetzung Oesterreichs am 12. Maerz 1938 massgebend beteiligt gewesen sei. Ich beabsichtige nicht, im einzelnen auf die Geschichte des Anschlusses einzugehen und die Tatsachen rechtlich zu wuerdigen, die im Jahre 1938 tatsaechlich zum Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich gefuehrt haben. <sup>hier zu klein gedruckt 25.7.46 396/392</sup> Eines muss aber hier doch festgestellt werden: Das Selbstbestimmungsrecht der Voelker hat unter den 14 Punkten des Praesidenten Wilsons einen hervorragenden Platz eingenommen. Tatsaechlich ist aber keine Forderung des amerikanischen Praesidenten in den Vertraegen von Versailles und St. Germain so wenig verwirklicht worden als gerade dieses Selbstbestimmungsrecht. Dem Gericht wurde bereits der Beschluss der provisorischen oesterreichischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 als Beweismittel vorgelegt. In diesem neuen Grundgesetz wurde unter anderem bestimmt: "Deutsch-Oesterreich ist eine demokratische Republik. Alle oeffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt. Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik". (Ende des Zitats). Nicht weniger eindeutig sind die Erklaerungen, die der damalige sozial-demokratische Bundeskanzler Dr. Karl Renner als Begruendung zu diesem Verfassungsgesetz gegeben hat, indem er unter anderem ausfuehrt: "Unser grosses Volk ist in Not und Unglueck, das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heissen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Voelkerliebe ist im Unglueck tief gebeugt! Aber grade in dieser Stunde, wo es so leicht und bequem und vielleicht auch so verfuhrerisch waere, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser Volk in allen Gauen wissen: wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft!" (Ende des Zitats). Entgegen dem klaren Willen der ueberwaeltigenden

hier zu klein gedruckt 25.7.46 396/392

Mehrheit der oesterreichischen Bevoelkerung wurde von den Entente-Maechten der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten verboten. Eine von der oesterreichischen Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 beschlossene Volksabstimmung ueber den Anschluss wurde von den Siegermaechten unter Androhung einer Hungerblockade verhindert. Die trotzdem von einigen Landesregierungen selbstaendig durchgefuehrten Abstimmungen brachten eine ueberwaeltigende Mehrheit fuer den Anschluss. Und es ist in der Tat die Situation nicht besser zu kennzeichnen als es Staatssekretaer Lansing in seinem im Jahre 1921 erschienen Buch "The Peace - Negotiations" getan hat: "Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum zu denken als dieses Verbot des fast von einmuetigen Wunsche des deutsch-oesterreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland". (Ende des Zitats). Diesen Wunsch des oesterreichischen Volkes nach Anschluss an das Deutsche Reich hat nicht nur unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg bestanden, sondern er war auch in der Folgezeit lebendig. Es mag voellig dahingestellt bleiben, welche Gruende im einzelnen dafuer immer massgebend gewesen sein moegen und welche Gruende im Laufe der Zeit vorherrschend gewesen sind. Sicher ist, dass dieser Wunsch bestanden hat und dass die Verwirklichung des Anschlusses nur gescheitert ist an dem Widerstand entweder der Ententemaechte oder an den andere Maechte, die glaubten, hier irgendwelche angebliche Interessen verteidigen zu muessen. In diesem Zusammenhang mag eine Erklaerung des Bundeskanzlers Dr. Renner vom 12. November 1928 erinnert werden, die ebenfalls von der Verteidigung bereits vorgelegt wurde und in der es unter anderem heisst: "Heute 10 Jahre nach dem 10. November 1918 und immerdar halten wir in Treue an diesem Beschluss fest und bekraeftigen ihn durch unsere Unterschrift ... Der Friede von St. Germain hat das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Oesterreich vernichtet ... Lasst Oesterreichs Buerger frei abstimmen und sie werden mit 99 von hundert Stimmen die Wiedervereinigung mit Deutschland beschliessen ... " (Ende des Zitats).

Und in der Tat: Als am 12. Maerz 1938 die deutschen Truppen in Oesterreich einzogen, kamen sie nicht als Eroberer, sondern sie wurden unter dem Jubel der Bevoelkerung in einem einzigen Triumphzug empfangen. //

*Hier Ende  
des kleinen  
Anschlusses  
S. 397  
v.  
25706*

Was nun den Anteil des Angeklagten Rudolf HESS und der Partei an der Durchfuehrung des Anschlusses anlangt, so hat auch hier die Beweisaufnahme ergeben, dass der Anschluss Oesterreichs ein Ereignis war, das mit der nationalsozialistischen Partei im Reich als solcher so gut wie nichts zu tun hatte. Es genuegt, in diesem Zusammenhang auf die Bekundungen der Angeklagten Goerring und Seyss-Inquart im Zeugenstand hinzuweisen, aus denen sich ergibt, dass die Frage des Anschlusses ausschliesslich vom Reich, also von der Staatsgewalt und nicht von der Partei geloeset worden ist. Falls darueber noch irgendwelche Zweifel bestanden haben sollten, so werden diese beseitigt, durch das von der Anklage vorgelegte Dokument USA-61 ( PS-812). Es handelt sich hier um den Brief des Gauleiters von Salzburg Dr. Friedrich Rainer, den dieser am 8. Juli 1939 an den Reichskommissar Gauleiter Josef Buerckel geschrieben hat und worin er unter anderem ausfuehrt: " ... Bald nach der Machtergreifung in der Ostmark flogen Klausener, Globocnik und ich nach Berlin, um dem Stellvertreter des Fuehrers, Pg. Rudolf HESS, einen Bericht ueber die Vorgaenge die zur Machtergreifung gefuehrt haben, abzustatten ..." Ende des Zitats. Ein Bericht waere selbstverstaendlich nicht notwendig gewesen, wenn der Stellvertreter des Fuehrers und die Partei selbst unmittelbar bei der Loesung der Anschlussfrage massgebend beteiligt gewesen waeren. Ich erwaehne dies nicht etwa, um Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgrund zugunsten des Angeklagten Rudolf HESS anzufuehren. Die Feststellung geschieht vielmehr ausschliesslich im Interesse der historischen Wahrheit.

*geschrieben  
am  
25.7.46  
S. 398*

Das vom Praesident Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Voelker wurde nicht weniger verletzt bei der Gruendung des tschechoslowakischen Staates. | 3 1/2 Millionen Sudetendeutsche wurden mit 8 1/2

Millionen Tschechen und Slowaken in einem Staat zusammengefasst, ohne dass ihnen ein massgeblicher Einfluss auf den Staat eingeräumt worden wäre. Alle Bemühungen dieser Volksgruppe, im Rahmen des tschechoslowakischen Staatsverbandes die Autonomie bewilligt zu erhalten, blieben erfolglos. Als die Anschlussfrage hinsichtlich Oesterreichs gelöst war, konnte es nicht ausbleiben, dass auch die künftige Stellung der Sudetendeutschen, bei denen es sich immerhin um  $3\frac{1}{2}$  Millionen Menschen handelt und deren Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum ausser jedem Zweifel steht, einer Prüfung unterzogen wurde. Ich habe nun nicht die Absicht, im einzelnen zu allen Fragen des Anschlusses des Sudetenlandes an das Reich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht Stellung zu nehmen. Im Hinblick darauf, dass die Anklagevertretung in dem von ihr dem Gericht vorgelegten Trial-Brief gegen den Angeklagten Hess auf die sudetendeutsche Frage eingegangen ist und auch einige Dokumente als Beweisstücke vorgelegt hat, erscheint es doch notwendig, kurz dazu Stellung zu nehmen. In dem Dokument 3258-PS (GB-262) - es handelt sich um eine Rede des Stellvertreters des Fuehrers auf der Tagung der Auslandsorganisation der NSDAP, am 28. August 1938 - nimmt dieser lediglich in allgemeinen Ausfuehrungen zu der sudetendeutschen Frage Stellung und zwar unter Betonung des Nationalitaetenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Voelker. Auch die uebrigen von der Anklage vorgelegten Dokumente (USA-126, USA-26) lassen nichts erkennen, was auf eine entscheidende Beteiligung des Angeklagten Rudolf Hess bei der Loesung der sudetendeutschen Frage schliessen lassen koennte. Es kann aber auch das Ausmass dieser Beteiligung voellig dahingestellt bleiben, da der Anschluss des Sudetenlandes an das Reich fuer sich allein keinesfalls den Tatbestand einer nach internationalem Recht strafbaren Handlung erfuellen kann. Wurde doch der Anschluss des Sudetengaus nicht vollzogen auf Grund einer einseitigen Handlung Deutschlands oder auf Grund eines vielleicht anfechtbaren Vertrages



zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik. Der Anschluss erfolgte vielmehr auf Grund eines Abkommens, das am 29. September 1938 in Muenchen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Koenigreich von Grossbritannien, Frankreich und Italien geschlossen worden war. In diesem Abkommen wurden genaue und ins Einzelne gehende Vereinbarungen ueber die Raemung des abzutretenden Gebietes und die etappenweise Besetzung durch deutsche Truppen getroffen. Die endguel-tige Festlegung der Grenzen ist durch einen internationalen Ausschuss vorgenommen worden. Ohne auf weitere Einzelheiten des Abkommens eingehen zu wollen kann doch soviel mit Sicherheit gesagt werden, dass es sich hier um einen Vertrag handelt, der auf Grund freier Willensuebereinstimmung zustande-gekommen war und von dem alle Beteiligten die Erwartung hog-ten, dass er die Grundlage oder doch wenigstens eine wesent-liche Voraussetzung fuer eine Verbesserung der internationa-len Beziehungen in Europa abgeben koennte.---

Ich komme nun zu einem anderen Gegenstand der Anklage. Sowohl im Rahmen der Gesamtanklage als auch in der von der An-klagevertretung gegen den Angeklagten Rudolf Hess erhobenen personlichen Anklage wird dieser beschuldigt, am Ausbruch des Krieges mitbeteiligt und dafuer verantwortlich zu sein. In der Tat hat der Angeklagte Rudolf HESS in mehreren Reden zu der Frage des polnischen Korridors und zu dem Problem des Freistaates Danzig Stellung genommen. Aber hier ist doch fol-gendes vor auszuschicken: Durch die Schaffung des polnischen Korridors wurde nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Voelker verletzt - ist doch auf diese Weise mehr als eine Million Deutscher



unter polnischer Herrschaft gekommen - sondern es wurde darueber hinaus durch die Aufteilung des Staatsgebietes des Deutschen Reiches in zwei voellig voneinander getrennte Territorien ein Zustand geschaffen, der nicht nur jeder wirtschaftlichen Vernunft widerspricht, sondern darueber hinaus vom ersten Tage an die Ursache fuer dauernde Reibungen und Zwischenfaelle werden musste. Tatsaechlich ist vom Tag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages an die Forderung nach einer Revision des Vertrages, gerade in der Frage des polnischen Korridors zu keiner Stunde verstummt. Es hat in Deutschland keine Partei und keine Regierung gegeben, die nicht die Notwendigkeit einer Revision des Vertrags vor allen in diesen Punkt anerkannt und verlangt haette. Und in der Tat kann man sich keine Regelung denken, die unvernueftiger waere, als die, wie im Versailler Vertrag die Frage eines polnischen Zuganges zur Ostsee geloest wurde. Es kann keinen Zweifel unterliegen, dass, wenn schon ueberhaupt Polen unter allen Umstaenden einen selbststaendigen Zugang zur Ostsee haben sollte, dieses Problem vernueftiger haette geloest werden koennen, als durch die Schaffung des sogenannten Korridors und die dadurch bedingte Aufteilung des Deutschen Reiches in zwei voellig voneinander getrennte Gebiete.

gehört  
S. 398  
257 46

Aehnliches gilt hinsichtlich des voelkerrechtlichen und staatsrechtlichen Status des Freistaates Danzig. Es ist nicht notwendig, hier naeher auf die Tatsachen einzugehen, die im Laufe der Zeit zu immer groesseren Schwierigkeiten gefuehrt haben und am Ende einen Zustand herbeifuehrten, der eine Aenderung der voelkerrechtlichen und staatsrechtlichen Stellung dieser rein deutschen Stadt notwendig macht.

Ebenso wenig ist es notwendig, im einzelnen auf das durch den polnischen Korridor und die Schaffung eines Freistaats Danzig aufgeworfene Minderheitenproblem naeher einzugehen. Tatsache ist, dass im Laufe von zwei Jahrzehnten nicht weniger als etwa 1 Million Deutscher gezwungen wurden, ihr Siedlungsgebiet zu verlassen und zwar unter Umstaenden, die

nicht ohne Rueckwirkung auf die allgemein politischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen bleiben konnten. Es ist auch nicht so, als ob erst seit dem Machtantritt Adolf Hitlers die hier aufgeworfenen Probleme oeffentlich behandelt worden waere. So hat z.B. anlaesslich einer Aussprache im britischen Oberhaus am 15. Juni 1932 Lord Noel-Buxton ebenfalls auf die Tatsache hingewiesen, dass bereits zu diesem Zeitpunkt nicht weniger als 1 Million Deutsche aus den Korridor und aus Posen seit der Annexion abgewandert war, weil sie die Bedingungen dort unertraeglich fanden. In dieser Aussprache erklarte Lord Noel-Buxton aber auch noch folgendes: " Lord D'Abernon hat kuerzlich die Lage in Danzig beschrieben und von dem Korridor als dem Pulvernagazin Europas gesprochen. Ich selbst habe in Danzig die Schwierigkeiten kennengelernt, die jeden Augenblick zu einem gefaehrlichen Zwischenfall fuehren koennen .... Die Verschaeerfung der Lage, die zu dieser gefaehrlichen Situation fuehrt, entspringt in der Hauptsache aus der Behandlung der deutschen Bevoelkerung auf polnischem Territorium und die verderblichen Folgen all dieser Umstaende haben sogar ihre Rueckwirkung auf die Abruestungskonferenz, weil sie die Grundlage fuer die Befriedung der Bevoelkerung in Gefahr bringt." ( Ende des Zitats ).

Die durch die Schaffung des polnischen Korridors und die Los-trennung der deutschen Stadt Danzig von Reich hervorgerufenen Gefahren konnten zu keiner Zeit uebersehen werden und es muss ausdruecklich fest gestellt werden, dass bereits die deutsche Friedensdelegation in ihren Bemerkungen zu den Friedensbedingungen vom 29. Maerz 1919 darauf hingewiesen hat. Nach einem Hinweis darauf, dass die Artikel 27 und 28 des Versailler Vertrages vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten rein deutsche Staedte und Landstriche unter polnische Herrschaft bringt und damit im Widerspruch steht zu dem Wilson'schen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Voelker, wird darin unter anderem woertlich aufgefuehrt:

" Eine solche Regelung wuerde ~~ausserdem~~ den Wilson'schen Grundsuetzen widersprechen, dass bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stoeren wuerden ... " ( Ende des Zitats ).

Nicht weniger klar waren die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation zur Frage der Abtrennung der Stadt Danzig vom Reichsgebiet. Nach einem Hinweis darauf, dass die Freigabe der rein deutschen Stadt Danzig und ihrer ebenfalls reindutschen Umgebung in schroffstem Gegensatz zu allen in den Erklarungen des Praesidenten Wilson gegebenen Zusicherungen steht, wird der deutschen Friedensdelegation unter anderem fest- gestellt: " Der Versuch Danzig zu einer freien Stadt zu machen, sein Verkehrsweisen und die Vertretung seiner Rechte nach aussen dem polni- schen Staat auszuliefern wuerde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten fuehren. Dabei sind die wirtschaft- lichen Massnahmen so getroffen, dass fuer Danzig jeder Verkehr mit Deutschland auf aeusserste erschwert wird - offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet in Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polonisieren. Die deutsche Regierung muss darum die beabsichtigte na- tionale Vergewaltigung Danzigs ablehnen und die Forderung erheben, Dan- zig und Umgebung beim Deutschen Reich zu belassen ... "

Wie alle uebrigen Vorschlaege der deutschen Friedensdelegation ver- fielen auch diese der Ablehnung. Was bereits im Jahre 1919 befuertet und vorausgesagt worden war, ist dann auch tatsaechlich eingetreten. Und wenn darueber noch irgendein Zweifel bestehen sollte, dann koennen diese leicht widerlegt werden durch den Inhalt der Akten des Voelker- bundes, soweit dieser sich mit den Fragen des Minderheitenschutzes befas- sen musste und durch die Akten des staendigen Internationalen *Gerichts-* *hofes, der sich in zahlreichen Faellen mit* *den durch den Korridor*

und die Abtrennung Danzigs vom Reich aufgeworfenen Problemen zu befassen hatte.

ab  
hier  
wieder  
vorge-  
tragen  
25.7.46  
S. 400

→ Unter diesen Umstaenden konnte es niemanden ueberraschen, wenn nach der Machtuebernahme durch Adolf Hitler und seine Partei, die durch den polnischen Korridor und die Abtrennung Danzigs vom Reich aufgeworfenen Fragen neuerdings einer Pruefung unterzogen wurden. Dies konnte umso weniger ausbleiben, als auch nach Abschluss des deutsch-polnischen Vertrages im Jahr 1934 die Bestrebungen Polens keineswegs aufhoerten, in immer hoeherer Masse das deutsche Element auszuschalten.

Ich beabsichtige nicht, naeher auf die Verhandlungen einzugehen, die vom Deutschen Reich mit der Polnischen Republik gefuehrt wurden und die zum Ziele hatten unter Beruecksichtigung der berechtigten Interessen Polens einen modus vivendi zu finden. Immerhin erscheint es mir wesentlich folgende Tatsachen festzuhalten: Zum ersten Mal hat der Reichsminister des Auswaertigen am 24. Oktober 1938 in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter, die durch den Korridor und die Abtrennung der Stadt Danzig aufgeworfenen Fragen behandelt und eine Loesung vorgeschlagen, die auf folgender Grundlage aufgebaut sein sollte:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurueck.
2. Durch den Korridor wuerde eine exterritoriale, Deutschland gehoerige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhaelt im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Strasse oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhaelt eine Absatzgarantie fuer seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.

6. Der deutsch-polnische Vertrag  
wird um 10-25 Jahre veraeuert.

Die beiden Länder liegen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.  
Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.

Die Antwort der polnischen Regierung auf diesen Vorschlag wurde von der Anklagevertretung dem Tribunal selbst vorgelegt. Es handelt sich um das Dokument TC-73 Nr.45, in welchem die Stellungnahme des polnischen Aussenministers Beck vom 31. Oktober 1938 und sein Auftrag an den polnischen Botschafter Lipski in Berlin enthalten ist. In diesem Dokument wird der deutsche Vorschlag rundweg abgelehnt und zwar unter Hinweis darauf (Zitat), "dass irgendein Versuch der Eingliederung der freien Stadt Danzig in das Reich unvermeidlich zu einem Konflikt fuhren werde und zwar wuerden sich nicht nur oertliche Schwierigkeiten ergeben, sondern alle Moeglichkeiten einer polnisch-deutschen Verstaendigung in allen ihren Formen wuerden damit unterbunden". (Ende des Zitats).

Dieser Standpunkt wurde dann auch tatsaechlich vom polnischen Botschafter in einer neuerlichen Unterredung zwischen ihm und dem Reichsminister des Auswaertigen am 19. November 1938 vertreten. Auf die Frage, wie sich die polnische Regierung zu dem deutschen Vorschlag einer exterritorialen Reichsautobahn und einer exterritorialen Eisenbahn durch den Korridor stelle, erklarte der polnische Botschafter, dass er dazu offiziell nicht Stellung nehmen koenne.

Man wird nicht bestreiten koennen, dass der von Deutschland gemachte Vorschlag sehr zurueckhaltend ist und dass in ihm nichts enthalten ist, was mit der Ehre Polens und den lebenswichtigen Interessen dieses Staates nicht in Uebereinstimmung haette gebracht werden koennen. Dies wird man um so mehr zugeben muessen, als die Schaffung des Korridors und die Abtrennung Ostpreussens vom Reich dem ganzen deutschen Volk tatsaechlich als die schwerste von allen durch den Versailler Vertrag bedingten territorialen Belastungen empfunden wurde. Wenn trotzdem die polnische



Regierung diesen Vorschlag abgelehnt hat und zwar mit einer Begründung, die fuer weitere Verhandlungen kaum mehr irgendeine Aussicht auf eine Loesung uebrig liess, so musste schon damals daraus der Schluss gezogen werden, dass es auf Seiten Polens ueberhaupt an einem echten Verstaendigungswillen fehlte, der auch die berechtigten Belange des deutschen Reiches beruecksichtigte. Dieser Eindruck wurde bestaetigt bei den Verhandlungen, die anlaesslich des Besuches des polnischen Aussonministers Beck in Berlin am 5. Januar 1939 und dem Gegenbesuch des Reichsaussonministers in Warschau am 21. Januar 1939 gefuehrt wurden. Wenn trotz dieser ablehnenden polnischen Haltung in einer weiteren Unterredung zwischen dem polnischen Botschafter und dem Reichsminister des Auswaertigen vom 21. Maerz 1939 der letztere den am 24. Oktober 1938 gemachten Vorschlag wiederholte, so muss daraus der Schluss gezogen werden, dass die deutsche Regierung tatsaechlich von dem Willen besetzt war, die durch den Korridor und die Abtrennung der Stadt Danzig aufgeworfenen Fragen auf dem Verhandlungsweg zu loesen. Es kann also ernstlich nicht bestritten werden, dass die deutsche Regierung versucht hat, auf dem Verhandlungswege die Fragen Danzig und polnischer Korridor zu loesen und dass es in dieser Richtung sehr massvolle Vorschlaege gemacht hat.

Die Antwort auf die deutschen Vorschlaege vom 21. Maerz 1939 war eine Teilmobilmachung der polnischen Streitkraefte. Es kann dahingestellt bleiben, in welchem Zusammenhang die von der polnischen Regierung angeordnete Teilmobilmachung mit dem britischen Konsultationsvorschlag vom 21. Maerz 1939 steht und ob die britische Regierung anlaesslich der Ueberreichung dieses Konsultationsvorschlages in Warschau die dann am

31. März erfolgte Garantieerklärung bereits zugesagt oder in Aussicht gestellt hat. Auf keinen Fall kann zweifelhaft sein, dass die auch vom britischen Premierminister Chamberlain in einer Erklärung im Unterhaus vom 10. Juli 1939 zugegebenen Teilnabilmachung der polnischen Wehrmacht alles andere als geeignet war, gunstige Voraussetzungen fuer weitere Verhandlungen zu schaffen. In der Tat beinhaltete das am 26. März 1939 vom polnischen Botschafter Lipski uebergebene Memorandum der polnischen Regierung eine vollige Ablehnung des deutschen Vorschlages. Es wurde erklart daB eine Exterritorialitat der Verkehrswege nicht in Frage kommen koenne und daB auch eine Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich

n..

nicht in Erwägung gezogen werden koennte. In der an die Uebergabe des Memorandums sich anschliessenden Unterredung zwischen dem Reichsaussenminister und dem polnischen Botschafter erklarte der letztere ganz offen, er habe die unangenehme Pflicht darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung der deutschen Plaene, insbesondere soweit sie eine Rueckkehr Danzigs zum Reich betraefen, den Krieg mit Polen bedeuten wuerde.

Wenn ich ausgefuehrt habe, dass der Zusammenhang zwischen der polnischen Teilmobilmachung vom 23. Maerz 1939 und der in dem polnischen Memorandum vom 26. Maerz 1939 enthaltenen voelligen Ablehnung des deutschen Vorschlages auf der einen Seite mit der in Aussicht gestellten britischen Garantieerklaerung vom 31. Maerz 1939 auf der anderen Seite dahingestellt bleiben kann, so erscheint dies allein schon im Hinblick auf die bereits am 21. Maerz von der britischen Regierung in Warschau ebenso wie in Paris und Moskau vorgeschlagenen Abgabe einer "formellen Deklaration" gerechtfertigt. Durch diese "formelle Deklaration" sollte der Beginn sofortiger Besprechungen ueber Massnahmen gemeinsamen Widerstandes gegen irgendwelcher Bedrohung der Unabhaengigkeit irgendeines europaeischen Staates angekuendigt werden. Darueber hinaus haben die von Premierminister Chamberlain am 17. Maerz in Birmingham gehaltene Rede und die Rede des britischen Aussenministers Lord Halifax vom 20. Maerz, die dieser im Oberhaus gehalten hat, eine Einstellung erkennen lassen, die die polnische Regierung erst recht zur Unnachgiebigkeit veranlassen musste. Und in der Tat sollte die bereits am 21. Maerz 1939 von der britischen Regierung den Regierungen in Warschau, Paris und Moskau vorgeschlagene Abgabe einer "gemeinsamen formellen Deklaration" der Anfang von langwierigen Besprechungen werden, deren Ziel es war, um Deutschland einen eisernen Ring zu legen. Es war daher von vornherein klar, dass unter diesen Umständen zweiseitige Verhandlungen zwischen

der deutschen und der polnischen Regierung jedenfalls waehrend der Dauer dieser Besprechung nur noch geringe Aussicht auf Erfolg haben konnten. Trotzdem hat die deutsche Regierung in einem weiteren bereits von der Anklagevertretung vorgelegten Memorandum, welches am 28. April 1939 im polnischen Aussenministerium ueberreicht wurde, ihren Standpunkt voellig klargelegt und noch einmal die Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen festgestellt. Der Inhalt dieses Memorandums einschliesslich der im Maerz 1939 gemachten Vorschlaege wurde von Adolf Hitler in der Reichstagsrede vom 28. April 1939 der Oeffentlichkeit bekanntgegeben.

Die polnische Regierung hat als Antwort auf das Memorandum der deutschen Regierung vom 28. April 1939 eine Denkschrift am 5. Mai 1939 ueberreicht, welches ebenfalls bereits von der Anklage vorgelegt wurde. Der Inhalt dieser Denkschrift enthielt noch mehr als die fruheren Noten der polnischen Regierung eine voellige Ablehnung der von Deutschland zur Loesung des Korridorproblems und der Danziger Frage gemachten Vorschlaege.

Die am 21. Maerz 1939 zwischen London, Paris, Warschau und Moskau begonnenen Verhandlungen mit dem Ziel eines ausschliesslich gegen Deutschland gerichteten Buendnisses nahmen nicht den gewuenschten Verlauf. Auch die am 11. August 1939 nach Moskau gesandten franzoesischen und britischen Militaermissionen konnten die durch offenbar weitgehende politische Meinungsverschiedenheiten entstandenen Schwierigkeiten nicht aus dem Wege raumen. Es kann dahingestellt bleiben, welchen Anteil dabei die Tatsache hatte, dass Polen, das von England, Frankreich und der Sowjetunion garantiert werden sollte, sich offenbar weigerte, militaerischen Beistand seitens der Sowjetunion anzunehmen. Es kann auch dahingestellt bleiben, ob es richtig ist, was der sowjetische Aussenkommissar Molotow auf der ausserordentlichen Tagung des Obersten Sowjets vom 31. August 1939 behauptet hatte, dass naemlich England die Bedenken Polens nicht nur nicht zerstreut, sondern im Gegenteil unterstuetzt habe.

*Wichtiger erscheint vielmehr, auf die grundsatzlichen Meinungsverschie-*

denkmalen einzulegen, und hier vermag eine Darstellung einen Fingerzeig

zu geben, die der fruhere britische Botschafter in Berlin Sir Nevile Henderson in seinem kurz nach Kriegsausbruch erschienen Buch "Failure of a Mission" gegeben hat. Er schreibt dort woertlich (Zitat): "... Andererseits schien die erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen zwischen London - Paris und Moskau noch weiter entfernt als je. Es war richtig, dass die britischen und franzoesischen Militaermissionen ihre Koffer fuer die Reise nach Moskau packten. Als sie tatsaechlich am 11. August dort ankamen, waere es nur natuerlich gewesen die Folgerung zu ziehen, dass Stalin, obwohl er den groesstmoeglichsten Vorteil fuer Russland heraus schlagen wollte, sich endlich entschlossen habe, mit den Westmaechten auf die eine oder andere Weise zusammenzuarbeiten, um weitere deutsche Aggressionen zu verhindern. Aber dagegen musste man die beunruhigende Entwicklung halten, dass Moskau ganz unverhuellet den Teufelsfuss zeigte und freie Hand in den baltischen Staaten forderte.

Russland's wirkliches Ziel wurde dadurch klar und, da das Deutsche Reich heimlich interessiert war, neigte sich die Waage schwer zuungunsten der Westmaechte. Sie konnten nicht Ehre und Freiheit kleiner, aber unabhengiger Staaten als Tauschmittel verwenden, waehrend Deutschland dies tat. Man kann nur hoffen, dass einmal diese Frage aufgeklaert werden wird, ob Stalin von Anfang an in heimlichem Einverstaendnis mit Hitler war mit der Absicht, die Verhandlungen mit uns so lange auszudehnen, bis das Deutsche Reich zum Losschlagen bereit war, oder ob er mit Deutschland und uns Katze und Maus spielte. Ich selbst neige zu letzterer Ansicht. Aber auch ich kann nur raten, und ich bin ausserdem voreingenommen. Von Anfang an betrachtete ich die russischen Verhandlungen als etwas, was versucht werden musste, aber dem jeder Wirklichkeitssinn fehlte. Ich habe niemals an eine wirksame und selbstlose Hilfe geglaubt, die den Polen von seiten Russland gegeben werden wuerde.



meine grösste Hoffnung war, dass falls die Front der Friedensfront  
wenn auch nur mit halber Ueberzeugung beiträt, Hitler nach dem Grundsatz,  
dass Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, handeln und sich zu friedliche  
Auseinandersetzungen bequemen werde. Ich war aber immer der Meinung, dass  
es Moskau's Hauptziel war, Deutschland in einen Krieg mit den Westmaech-  
ten zu verwickeln mit einem allgemeinen Ruin als Resultat, um dann als  
der lachende Dritte diesem Konflikt zwischen ihnen zu ueberleben..."  
(Ende des Zitats).

Tatsaechlich hatte sich inzwischen folgendes ereignet:

Auf dem 18. Kongress der kommunistischen Partei am 10. Maerz 1939  
hat der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR Stalin eine  
Rede gehalten, in der er andeutete, dass die Sowjetregierung es fuer  
moeglich oder fuer wuensenswert halte, auch mit Deutschland zu einem  
besseren Verhaeltnis zu gelangen. Von Hitler wurde diese Andeutung auch  
durchaus verstanden.

In aehnlicher Weise hat sich Aussenkommissar Molotow in seiner Rede  
vor dem Obersten Sowjet vom 31. Mai 1939 ausgedrueckt. Die daraufhin  
zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung eingeleiteten Ver-  
handlungen hatten zunaechst den Abschluss eines deutsch-sowjetischen  
Handels- und Kreditabkommens zum Ziel. Dieses Abkommen wurde am 19.  
August 1939 in Berlin unterzeichnet. Aber schon waehrend dieser Wirt-  
schaftsverhandlungen waren auch Fragen allgemein politischer Natur be-  
handelt worden, die nach einer Meldung der sowjetrussischen Nachrichten-  
Agentur "Tass" vom 21. August 1939 den Wunsch beider Parteien erkennen  
liessen, eine Veraenderung ihrer Politik herbeizufuehren und den Krieg  
durch Abschluss eines Nichtangriffspaktes zu bannen. Dieser Nichtan-  
griffsvertrag wurde in der Nacht vom 23. auf 24. August 1939 in Moskau  
unterzeichnet, also, wie die Beweisaufnahme in diesem Prozess ergeben hat  
2 Tage vor den fuer die Morgenstunden des 26. August 1939 befohlenen An-  
griff der deutschen Armeen gegen Polen. Neben diesem Nichtangriffsvertrag  
wurde als dessen wesentlicher Bestandteil ein  
"benehmes Zusatzprotokoll"

unterzeichnet. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme, insbesondere auf Grund der eidesstattlichen Versicherung des Botschafters und Leiters der Rechtsabteilung im Auswaertigen Amt Dr. Friedrich Gaus, auf Grund der Zeugenaussage des Staatssekretaers im Auswaertigen Amt Freiherr von Weizsaecker und auf Grund der Erklaerungen der Angeklagten von Ribbentrop und Jodl kann folgender Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls als festgestellt erachtet werden: Fuer den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten gehoerenden Gebieten sollten Finnland, Estland und Lettland in die Interessensphaere der Sowjetunion fallen, waehrend das Staatsgebiet Litauen zur Interessensphaere Deutschlands gehoeren sollte.

Fuer das Staatsgebiet Polen wurde eine Aufteilung der Interessensphaeren in der Weise vorgenommen, dass die oestlich der Fluesse Narew, Weichsel und San gelegenen Gebiete in die Interessensphaere der Sowjetunion fallen, waehrend die westlich der durch diese Fluesse abgegrenzten Demarkationslinie liegenden Gebiete zur Interessensphaere Deutschlands gehoeren sollten. Im uebrigen wurde hinsichtlich Polens eine Vereinbarung des Inhalts getroffen, dass die beiden Maechte bei der endgueltigen Regelung der dieses Land betreffenden Fragen in beiderseitigem Einvernehmen handeln werden. Hinsichtlich des Suedostens Europas wurde eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphaeren in der Weise vorgenommen, dass von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont, waehrend von deutscher Seite das voellige politische Desinteressement in diesem Gebiet erklaert wurde. Nach den Bekundungen saemmtlicher Zeugen, insbesondere aber auf Grund der Erklaerungen des Botschafters Dr. Gaus und des Staatssekretaers von Weizsaecker steht fest, dass dieses Geheimabkommen eine voellige Neueregung in Bezug auf Polen und das kuenftige Schicksal des polnischen Staates in sich schloss.

Die nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffvertrages und des dazugehoerenden geheimen Zusatzprotokolls gemachten Anstrengungen doch noch mit Polen zu einer Verstaendigung in der Frage Danzigs und des Korridors zu gelangen, sind fehl geschlagen. Der Beistandspakt, welcher am 25. August 1939 zwischen Grossbritannien und Polen geschlossen wurde, hat den Kriegsausbruch nicht verhindert, sondern nur noch um einige Tage verzoeigert. Ich habe nicht die Absicht, im einzelnen auf die diplomatischen Verhandlungen einzugehen, die nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 noch gefuehrt wurden, um doch noch zu einer Einigung zu gelangen. Eines kann aber wohl mit Sicherheit gesagt werden: War schon die einseitige Garantieerklaerung Englands vom 31. Maerz 1939 dazu angetan, die an sich schon bestehende Unnachgiebigkeit der polnischen Regierung gegenueber den deutschen Vorschlaegen zu steigern, dann musste ein Beistandspakt mit Grossbritannien erst recht sich gegen eine Verhandlungsbereitschaft auf seiten der polnischen Regierung auswirken. Der Misserfolg der zwischen Deutschland und Polen gefuehrten Verhandlungen kann umso weniger ueberraschen, wenn man sich die Bekundungen des Zeugen Dahlerus vor diesem Tribunal vor Augen naelt. Hat dieser Zeuge doch bestaetigt, dass der polnische Botschafter in Berlin Lipski am 31. August 1939 erklaert hat, dass er nicht daran interessiert sei ueber die Vorschlaege der deutschen Regierung zu verhandeln. Er begruendete diese ablehnende Haltung damit, dass im Falle eines Krieges in Deutschland eine Revolution ausbrechen und die polnische Armee auf Berlin marschieren werde.

Was immer auch die Nachrichten gewesen sein moegen,  
die die englische Regierung mit zum Abschluss des Vertrages  
mit Polen veranlasst haben und die vielleicht auf einen Riss  
in dem deutsch-italienischen Buendnis und auf Zersetzungs-  
erscheinungen im deutschen Staatsgefüge hindeuteten - ich  
nehme hier Bezug auf die Angaben des Zeugen Dahlerus und  
Gisevius - die Zukunft sollte zeigen, dass derartige Ueber-  
legungen in den Tatsachen keine Begründung  
keine Begründung fanden.

Als am 1. Sept. 1939 der Krieg zwischen  
Deutschland und Polen ausbrach,  
handelte es sich zunächst um einen  
lokalisierten Konflikt

zwischen zwei europaeischen Staaten. Als aber am 3. September 1939 Grossbritannien und Frankreich an Deutschland den Krieg erklaerten, weitete sich der Konflikt zu einem europaeischen Krieg aus. Zu einem Krieg, der wie alle modernen Kriege zwischen Grossmaechten bei der gegenwaertigen mangelhaften internationalen Organisation und nach dem voelligen Zusammenbruch des Systems der kollektiven Sicherheit von Anfang an die Tendenz in sich trug, sich zu einem allgemeinen Weltkrieg zu entwickeln. Dieser Krieg sollte unermessliches Leid ueber die ganze Menschheit bringen und als am 8. Mai 1945 der Krieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sein Ende fand, hinterliess er ein Europa in Truemmern.

Adolf Hitler hat den Zusammenburch Deutschlands und die bedingungslose Kapitulation nicht mehr erlebt. Vor den Schranken des Gerichts aber stehen 22 ehemalige Fuehrer des nationalsozialistischen Deutschlands, um sich zu verantworten gegen die Anklage, in Ausfuehrung eines gemeinsamen Planes, Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Gebraeuche des Krieges und gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

Grundlage des gegenwaertigen Verfahrens ist das sogenannte Londoner Abkommen, das am 8. August 1945 zwischen der Regierung von Grossbritannien und Nord-Irland, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der provisorischen Regierung der franzoesischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken abgeschlossen worden war. Auf Grund dieses Abkommens wurde das gegenwaertige Tribunal gebildet, dessen Zusammensetzung, Zustaendigkeit und Aufgabe in dem Statut fuer den Internationalen Militaergerichtshof festgelegt sind, das einen wesentlichen Bestandteil des Abkommens der genannten 4 Regierungen vom 8. August 1945 bildet. Das Statut fuer den Internationalen



Militaergerichtshof enthaelt jedoch nicht nur Bestimmungen ueber die Zusammensetzung, die Zustaendigkeit und die Aufgaben des Tribunals. Es sind daneben - und das sind die wichtigsten Teile des Statuts - auch Vorschriften materiell-rechtlichen Inhalts enthalten. Das gilt vor allem von Artikel 6, welcher die Begriffsbestimmungen der Verbrechen gegen den Frieden, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit allen ihren einzelnen Tatbestandsmerkmalen enthaelt. Als strafgesetzlicher Tatbestand ist vor allem auch der Absatz 3 des Artikels 6 des Statuts anzusehen, welcher im einzelnen die Merkmale der sogenannten Verschwörung aufzaehlt. Als materialrechtliche Vorschriften sind weiter die Artikel 7, 8, und 9 des Statuts anzusehen. /

ab hier wohl 25.7.46  
Im Hinblick darauf, dass sich das Statut fuer das Internationale Militaertribunal nicht darauf beschraenkt, in allen Fragen des materiellen Rechts sich auf das geltende Voelkerrecht und die allgemeinen Grundsaeetze des Strafrechts wie sie sich aus dem Recht aller zivilisierten Staaten herleiten, zu beziehen, dass im Gegenteil das Statut nicht nur die Gerichtsverfassung und das Verfahren regelt, sondern auch Vorschriften ueber das materielle Recht enthaelt, hat sich die Verteidigung bereits zu Beginn des Verfahrens veranlasst gesehen, auf diese aussergewoehnliche Tatsache hinzuweisen. In der Tat sind in dem gegenwaertigen Verfahren die Richter nicht nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Streitpartei gewesen sind, sondern diese eine Streitpartei ist zugleich Schoepfer der Gerichtsverfassung. Darueber hinaus werden in ihrer Hand nicht nur die Funktion/<sup>on</sup> des Anklaegers und Richters vereinigt, sondern diese eine Streitpartei ist auch Schoepfer der Strafrechtsnormen. Es bedarf keiner besondern Begrueundung, dass damit grundsaeetzliche Fragen jedes Strafgerichtsverfahrens

und der Gerichtsbarkeit schlechthin angeschnitten werden.

Es wuerde aber auch keine Verteidigung ihre Pflicht erfuehlen,  
wenn sie nicht die Uebereinstimmung dieser Strafrechtsnormen  
des Statuts mit dem geltenden Voelkerrecht und

percht wenn  
25.7.66

↓  
und den anerkannten Grundsätzen des Strafrechts, wie sie sich aus den Rechtssystemen aller zivilisierten Staaten herleiten, einer Prüfung unterziehen würde.

Ich werde zu den einzelnen hier auftauchenden Fragen im Zusammenhang mit der Prüfung der Anklage Stellung nehmen. Vorher ist aber schon jetzt auf folgendes hinzuweisen: Artikel 16 des Statuts bestimmt, dass die Anklageschrift alle Einzelheiten enthalten soll, in denen der Tatbestand der Beschuldigungen gefunden wird. Nach dem Sinn und Zweck dieser Vorschrift kann darunter nur verstanden werden, dass die Anklageschrift in tatsächlicher Hinsicht so substantiiert sein muss, dass auch bei Anwendung der erweiterten Haftungsgrundsätze der von der Anklage behaupteten Verschwörung der Umfang der Verantwortlichkeit des einzelnen Angeklagten in tatsächlicher Hinsicht wenigstens in etwa sich aus der Anklageschrift ergibt. Die den Angeklagten überreichte Anklageschrift vom 6. Oktober 1945 erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Der eigentliche Text der Anklageschrift stellt eine Generalanklage dar, ohne dass im einzelnen daraus ersichtlich ist, welche Beschuldigungen daraus gegen die Angeklagten hergeleitet werden sollen. Ebenso wenig enthält der Anhang A der Anklageschrift irgendeine substantiierte Darstellung in tatsächlicher Hinsicht. In diesem Anhang werden lediglich die Stellungen bezeichnet, die der einzelne Angeklagte innegehabt hat. Im übrigen wird Bezug hier genommen auf die abstrakte einschlägigen Bestimmungen des Artikels 6 des Statuts.

in der Ann. 25.7.46

↑

ab  
mies  
am 25.7.46  
S. 402  
unten

In der Anklageschrift selbst wird dem Angeklagten HESS zum Vorwurf gemacht, die Machtergreifung der sogenannten Naziverschwörer und die Befestigung ihrer Kontrolle über Deutschland, ferner die militärische, wirtschaftliche und psychologische Vorbereitung auf den Krieg gefördert zu haben. Es wird ihm weiter zur Last gelegt, an der politischen Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen und Kriegen in Verletzung internationaler Verträge, Abkommen und Zusicherungen und an der Vorbereitung

und Planung aussenpolitischer Plaene der sogenannten Naziverschworer teilgenommen zu haben. Endlich wird behauptet, dass er die in Anklagepunkt 3 angefuhrten Kriegsverbrechen und die <sup>in</sup> Anklagepunkt 4 angefuhrten Verbrechen gegen die Humanitaet genehmigt, geleitet und an ihnen teilgenommen zu haben. /

Anklagepunkt 1 der Anklageschrift behandelt den sogenannten gemeinsamen Plan oder Verschwörung. Danach sollen alle Angeklagten mit verschiedenen anderen Personen waehrend eines Zeitraumes von Jahren vor dem 8. Mai 1945 als Fuehrer, Organisatoren, Anstifter und Mittaeter an der Ausarbeitung oder Ausfuhrung eines gemeinsamen Planes teilgenommen haben der darauf abzielte oder mit sich brachte, die Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, die Begehung von Verbrechen gegen das Kriegsrecht und gegen die Humanitaet. Es wird behauptet, dass die Angeklagten Angriffskriege geplant, vorbereitet, entfesselt und gefuehrt und in Ausfuhrung dieses gemeinsamen Planes Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haetten.

Waehrend das Statut nur drei Straftatbestaende kennt - Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Kriegsgebraeuche und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - enthaelt die Anklageschrift deren vier. In der Anklageschrift wird der gemeinsame Plan oder Verschwörung zu einem eigenen und selbststaendigen Anklagepunkt, ohne dass dafuer das Statut eine ausreichende Begrueendung gibt. Es kann dahingestellt bleiben, ob im anglo-amerikanischen Recht die Verschwörung ein besonders gearteter Deliktstatbestand ist. Im Hinblick darauf, dass das Statut weder das anglo-amerikanische noch das kontinentale Recht angewendet wissen will, sondern seinerseits Strafnormen und zwar solche sui generis aufgestellt hat, ist insoweit nur der Wortlaut und der Sinn des Statuts selbst massgebend. Nachdem aber in Artikel 6 Absatz 3 des Statuts ausdruecklich von dem Entwurf oder der Ausfuhrung eines Planes zur Begehung eines Verbrechens gegen den Frieden, gegen die Kriegsgebraeuche oder gegen die Menschlichkeit gesprochen wird, kann es wohl keinem Zweifel unterliegen,

dass es einen selbstaendigen Straftatbestand, wie er in Anklagepunkt 1 der Anklageschrift unter der Ueberschrift gemeinsamer Plan oder Verschwörung behauptet wird, jedenfalls unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Statuts nicht geben kann.

Nachdem dem Angeklagten Hess alle 4 Punkte der Anklageschrift zum Vorwurf gemacht worden, ist es zunaechst notwendig, zum Anklagepunkt 1 Stellung zu nehmen:

Die Anklage stellt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Fuehrer Adolf Hitler im Jahre 1921 geworden war und der sich auch der Angeklagte Rudolf Hess bereits im Jahre 1921 angeschlossen hatte, in den Mittelpunkt des von ihr behaupteten gemeinsamen Planes oder Verschwörung. Die Anklage behauptet anscheinend selbst nicht, dass das Parteiprogramm der NSDAP. fuer sich allein schon verbrecherisch sei. Naecher auf diese Frage einzugehen erscheint umsoweniger notwendig, als in der Folgezeit und im taeglichen politischen Leben das Parteiprogramm bei weitem nicht die Rolle gespielt hat, die man vielleicht vermuten koennte. Im uebrigen hat die Beweisaufnahme, was die Stellung und den Aufstieg der NSDAP. anlangt, eindeutig ergeben, dass bis zum 30. Januar 1933 die nationalsozialistische Partei eine Partei neben anderen Parteien war, dass sie mit den gleichen gesetzlichen Mitteln wie die anderen Parteien fuer die Durchsetzung ihrer Ziele gekaempft hat, dass sie nicht zuletzt ihren Aufstieg der Tatsache zu verdanken hat, dass mit als Folge der Reparationspolitik der Siegerstaaten von 1919 Deutschland in den Jahren 1931/32 einen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang von einem ungewoehnlichen Ausmass erlebt hat und, dass endlich am 30. Januar 1933 die Partei in Anwendung der Bestimmungen der Reichsverfassung als staerkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt und ihr Fuehrer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war. Waehrend der sogenannten Kampfzeit hat die Partei wie alle uebrigen Parteien auch offen fuer die von ihr vertretenen Grundsätze gekaempft und die Anklage konnte im Beweisverfahren kein einziges Beweismittel vorlegen, daß irgendeinen Röck-



schluss darauf zuliess, dass unter Anwendung ungesetzlicher Mittel die Partei und ihre Fuehrer Teilnehmer eines gemeinsamen Planes gewesen waren, der auf den Beginn eines Angriffskrieges abzielte. Tatsaechlich braucht man sich auch nur die politische, wirtschaftliche und militaerische Lage vor Augen zu halten, in der sich Deutschland in den Jahren nach Beendigung des ersten Weltkrieges befand, um zu erkennen, wie abwegig die Annahme einer derartigen auf den Beginn eines Krieges abzielenden Planes fuer die damalige Zeit ist. Die in der Anklageschrift vertretene Auffassung beinhaltet aber nicht nur eine voellige Verkennung der wirtschaftlichen, politischen und militaerischen Verhaeltnisse, denen sich Deutschland als Folge der Friedensregelung durch Versailles gegenueber sah, sondern diese Auffassung verraeht auch eine voellige Verkennung des Wesens jeder Politik.

Als dann Adolf Hitler als Fuehrer der staerksten Partei am 30. Januar 1933 vom Reichspraesidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war, konnte es sich fuer ihn und seine Regierung, an der auch andere Parteien beteiligt waren, nicht darum handeln, in voelliger Verkennung der politischen und vor allem wirtschaftlichen Gegebenheiten an den Entwurf eines gemeinsamen Planes mit dem Ziel eines Angriffskrieges heranzugehen. Die Aufgaben, die der deutschen Reichsregierung damals gestellt waren, ergaben sich ohne weiteres aus der Tatsache, dass fast 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland in Arbeit gebracht werden mussten. Wie der Zeuge Dr. Lammers bekundet hat, war die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not tatsaechlich die Frage, die den groessten Raum bei der ersten Kabinettsitzung eingenommen hat. Von einem gemeinsamen Plan mit dem Ziel eines Angriffskrieges war mit keinem einzigen Wort die Rede und es ist in der Tat unmoeglich sich vorzustellen, dass unter den damaligen Umstaenden auch nur ein Mitglied der Regierung einen

derartigen Gedanken in irgendeiner konkreten Form in Erwägung ziehen konnte. Im uebrigen steht fest und zwar auf Grund der Aussagen des Zeugen Dr. Lammers und anderer Zeugen, dass der Gegenstand der ersten Kabinettsitzung und die dort gefassten Beschluesse in der Regierungserklaerung vom 1. Februar 1933 enthalten ist, die in Form eines Aufrufes der Reichsregierung an das Deutsche Volk verkuendet worden ist.

Das erste Ziel der von der Anklage behaupteten Verschwörung war nach dem Inhalt der Anklageschrift die Aufhebung der Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten Ruestungsbeschraenkungen. Zu dieser Frage habe ich bereits Stellung genommen. Sofern man nicht ueberhaupt der Auffassung ist, dass der gesamte Versailler Vertrag im Hinblick auf die voelkerrechtswidrige Drohung, unter den er zustande gekommen ist, als nichtig angesehen werden muss, hat doch mindestens mit der endgueltigen Weigerung der Siegermaechte, nun auch ihrerseits entsprechend der im Vertrag uebernommenen Verpflichtungen abzuruesten, das deutsche Reich das Recht erhalten, eine Angleichung der Ruestungen durch eigene Wiederaufruestung zu erreichen. Dies ist nicht etwa heimlich geschehen, sondern oeffentlich durch Verkuendung des Gesetzes ueber die Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht vom 16. Maerz 1935. Die Anklage hat keinerlei Beweismittel fuer ihre Behauptung vorlegen koennen, dass dieses Gesetz im Zusammenhang und in Ausfuehrung eines gemeinsamen Planes, der auf die Entfesselung eines Angriffskrieges gerichtet war, erlassen worden ist. Der Zweck dieses Gesetzes war vielmehr ausschliesslich der, 16 Jahre nach Beendigung des 1. Weltkrieges die Gleichberechtigung Deutschlands wenigstens in dieser Frage herzustellen. In diesem Zusammenhang ist kurz auf ein Dokument einzugehen, das die Anklage mit neun anderen Dokumenten sogenannten Schluesseldokumenten vorgelegt hat und die in erster Linie den Nachweis fuer das Bestehen des in der Anklageschrift behaupteten gemeinsamen Planes dienen sollen. Es ist dies die Niederschrift ueber die Besprechung in der Reichskanzlei vom 5. November 1937, USA-25 (386-PS) wie dem Bericht bekannt ist, handelt es sich hier nicht um eine Wort-

liche Wiedergabe der Ausführungen Adolf Hitlers, sondern um einen Bericht des Oberst Hossbach, den dieser 5 Tage später, nämlich am 10. November 1937 angefertigt hat. Ich beabsichtige nicht näher auf den Inhalt dieses Dokumentes einzugehen. Ich nehme hier Bezug auf die Bekundungen der Angeklagten Goering und Raeder im Zeugenstand. Es sei nur noch erwähnt, dass Hitler bei dieser Ansprache vor den Oberbefehlshabern und dem damaligen Aussenminister einen Zeitplan in Aussicht genommen hat, der in keinerlei Uebereinstimmung mit den späteren Ereignissen steht. Unter diesen Umständen erscheint mir das Bestehen eines bestimmten und fest umrissenen Planes fuer die Person Hitlers als sehr unwahrscheinlich. Mit Sicherheit kann lediglich ein Schluss aus dem Inhalt dieses Dokumentes gezogen werden, dass nämlich bis zum 5. November 1937 auch Hitler selbst nur an eine friedliche Loesung der durch den Versailler Vertrag aufgeworfenen territorialen Fragen gedacht hat. Es kann also mindestens bis zu diesem Tag ein gemeinsamer auf den Beginn eines Angriffskriegs gerichteter Plan schon aus diesem Grunde nicht bestanden haben. Dieses Dokument ist aber auch noch aus einem anderen Grunde bemerkenswert: Die Niederschrift beginnt mit der Feststellung des Fuehrers, "dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehoerte, er der Fuehrer- sache aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem grossen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen". <sup>(Ende des Zitats)</sup> /Es kann zunaechst dahingestellt bleiben, inwieweit andere Fragen vom Jahre 1937 an vom Reichskabinetts in Kabinettsitzungen oder im sogenannten Umlaufverfahren im Verwaltungsverfahren oder auf dem Wege der Gesetzgebung noch behandelt wurden. Mit Sicherheit kann jedoch auf Grund des gesamten Ergebnisses der Beweisaufnahme und insbesondere auf Grund der Bekundungen des Zeugen Dr. Lammers, aber auch aus einer grossen Anzahl von Dokumenten, die die *Dr. Lammers selbst vorgelegt hat, der Schluss gezogen werden, dass spätestens vom 5. Nov. 1937 ab alle die Frage Krieg und Frieden be-*

treffenden Probleme nicht mehr von der Regierung als Staatsorgan behandelt wurden und auch nicht von einem anderen groesseren Kreis immer gleichbleibender Mitarbeiter, sondern ausschliesslich von Adolf Hitler allein. Wahrscheinlich hat dieser Zustand schon im Jahre 1936 bestanden. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Bekundungen mehrerer Angeklagten im Zeugenstand erinnern, die zum Beispiel die Tatsache der Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes auf den gleichen Wege wie alle anderen Staatsbuerger auch durch Presse und Rundfunk erfahren haben. Sicher ist jedoch, dass nach dem 5. November 1937 und insbesondere nach der sogenannten Fritsch-Krise und der damit verbundenen Umwandlung des Reichskriegsministeriums in das Oberkommando der Wehrmacht alle grossen politischen und militaerischen Entscheidungen von Adolf Hitler allein getroffen wurden. Nach den Bekundungen des Zeugen Dr. Lammers haben auch niemals gemeinsame Besprechungen zwischen der Reichsregierung, der Reichsleitung der Partei und der Generalitaet stattgefunden. Nach der Darstellung dieses und anderer Zeugen war es vielmehr so, dass zwischen diesen drei Institutionen ueberhaupt kein engerer Zusammenhang bestanden hat. In der Tat ergibt sich aus keinem einzigen von der Anklage vorgelegten Dokument irgendetwas, das auf das Bestehen eines selbstaendigen Zusammenarbeitens zwischen der Reichsregierung, der Reichsleitung der Partei und dem Reichskriegsministerium bzw. spaeter dem Oberkommando der Wehrmacht und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile und ihrer Stabschefs schliessen lassen koennte. Im Gegenteil: Wenn ueberhaupt aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme ein sicherer Schluss gezogen werden kann, dann ist es der, dass die Macht ausschliesslich in den Haenden Adolf Hitlers vereinigt war, dass die Reichsregierung, die Reichsleitung der Partei und die Wehrmacht ausschliesslich ihre Befehle und Anweisungen von ihm erhielten und dass es gerade die Politik Hitlers war, eine arbeitsmaessige *selbststaendige Zusammenfassung dieser Institutionen zu verhindern*. So ist auch zu erklæren, dass *in allen Fragen politischen oder militari-*



scher Natur nur die Dienststellen befasst wurden, die unmittelbar mit der Ausfuehrung der gestellten Aufgabe zu tun hatten. Aus<sup>s</sup>saemtllichen von der Anklage vorgelegten Dokumenten ergibt sich ferner, dass es sich in aller Regel bei Besprechungen, die unter dem Vorsitz Hitlers gefuehrt wurden, nicht um Besprechungen handelte, wie sie vielleicht in parlamentarischen Demokratien ueblich sein moegen, sondern im wesentlichen um nichts anderes als eine Befehlsausgabe. Es ist nicht notwendig, im einzelnen auf die Darstellungen einzugehen, die fast saemtliche Angeklagten ueber ihr Verhaelt-  
nis zu Adolf Hitler gegeben haben und es ist auch nicht notwendig, zu den Bekundungen Stellung zu nehmen, die eine ganze Reihe anderer Zeugen ueber die Stellung Adolf Hitlers im deutschen Regierungssystem eingenommen hat. Eines kann mit Sicherheit gesagt werden: Spaetestens vom 5. November 1937 ab war die Stellung Hitlers eine derart ueberragende und die Behandlung aller entscheidenden politischen und militaerischen Fragen durch ausschliesslich ihn allein so zweifelsfrei, dass allein schon aus diesem Grunde fuer die Annahme eines gemeinsamen Planes kein Raum mehr vorhanden sein kann.

Ebensowenig wie an der Fuehrerbesprechung in der Reichskanzlei vom 5. November 1937 (USA-25) hat der Angeklagte Rudolf Hess, obwohl er der Stellvertreter des Fuehrers war und fuer den Bereich der Partei der hoechste politische Leiter, an keiner einzigen von der Anklage als wesentlich fuer den Nachweis des Bestehens eines gemeinsamen Planes als beweiserheblich bezeichneten Besprechungen oder an einer sonstigen politisch oder militaerisch wichtigen Entscheidung mitgewirkt oder teilgenommen. Das gilt z.B. auch fuer das naechste von der Anklagevertretung vorgelegte Beweisstueck USA-26 (388-PS). Es ist das die Chefsache Fall "Gruen" Tschechoslowakei. Ohne naeher auf dieses Dokument eingehen zu mues-  
sen kann doch ohne weiteres gesagt werden, dass es sich hier um eine reine *Generalstabsarbeit handelt, die zu naechst*  
*un als Studie gedacht war und*



die dann zu einem echten Operationsplan ausgearbeitet wurde. Dieser Operationsplan wurde nicht in die Tat umgesetzt, die Akten zu dem Fall Gruen schliessen vielmehr mit der Weisung Nr.1 des Fuehrers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, die sich auf die Besetzung der auf Grund des Muenchener Abkommens vom 29. September 1938 von der Tschechoslowakei abgetrennten sudetendeutschen Gebiete bezieht. Unter diesen Umstaenden eruebrigt es sich, naeher auf das Schreiben des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht an den Stellvertreter des Fuehrers vom 27. September 1938 einzugehen, das sich ebenfalls in den Akten fuer den Fall Gruen befindet und sich auf die Durchfuehrung von Mobilmachungsmassnahmen bezieht, die ohne Ausgabe des Mobilmachungsbefehls oder eines entsprechenden Stichwortes durchgefuehrt werden sollten.

Was ich bereits ueber das Dokument USA-25 gesagt habe gilt in der gleichen Weise fuer das Dokument USA-27 (L-79). Es ist das ein weiteres sogenanntes Schluesseldokument und hat zum Gegenstand die Unterrichtung der Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile und der Chefs der Generalstaebe durch den Fuehrer am 23.5. 1939 in der neuen Reichkanzlei. Ohne auf den Inhalt und die Bedeutung und auch auf den Beweiswert auch dieses Dokuments eingehen zu wollen - der Vortrag des Fuehrers schloss mit dem Befehl zur Errichtung eines kleinen Studienstaebes beim Oberkommando der Wehrmacht - so ergibt sich auch aus diesem Dokument mit aller Deutlichkeit, dass ein gemeinsamer Plan in der Form, wie er von der Anklage behauptet wird, nicht bestanden haben kann, vor allem nicht zwischen den jetzt vor Gericht stehenden Angeklagten. Auf dieser Besprechung beim Fuehrer - in Wahrheit war es keine Besprechung, sondern eine Unterrichtung und Befehlsausgabe hat kein einziger Minister oder Beamter der zivilen Verwaltung teilgenommen.

Die naechsten drei von der Anklagevertretung als Schluesseldokument vorgelegten Urkunden beziehen sich auf einen und denselben Gegenstand,

*nämlich auf die Rede Adolf Hitlers vor dem Oberbefehlshabern der Wehr-*  
macht am 22. August 1939. Es handelt sich um folgende Dokumente:

USA-28 (L-3), USA-29 (PS-798) und USA-30 (PS-1014). Ich will auch auf den Beweiswert dieser Dokumente nicht naeher eingehen, obwohl es offensichtlich ist, dass es sich hier nicht um gleichwertige Dokumente handeln kann und obwohl voellig klar ist, dass es sich hier nicht um eine auch nur einigermaßen zutreffende Wiedergabe der Ausfuehrungen Adolf Hitlers handeln kann. Es laesst auch keines dieser Dokumente erkennen von wem sie verfasst wurden. Darueber hinaus weichen die Darstellungen sowohl dem Umfang als auch dem Inhalt nach erheblich voneinander ab. Die vollstaendigste Wiedergabe der Ausfuehrungen Hitlers scheint das Dokument USA-29 zu enthalten. Und hier ist wiederum der Schluss am bemerkenswertesten, der die damalige Lage einigermaßen beleuchtet und der das Ereignis kennzeichnet, das Hitler ueberhaupt erst in diese Lage versetzte, eine solche Rede vor den Oberbefehlshabern zu halten. Zitat: "Ich war ueberzeugt, dass Stalin nie auf das englische Angebot eingehen wuerde. Russland hat kein Interesse an der Erhaltung Polens und dann weiss Stalin, dass es mit seinem Regime zu Ende ist, einerlei, ob seine Soldaten siegreich oder geschlagen aus einem Kriege hervorgehen. Litvinows Abloesung war ausschlaggebend. Ich habe die Umstellung Russlands gegenueber allmaechlich durchgefuehrt. Im Zusammenhang mit dem Handelsvertrag sind wir in das politische Gespraeche gekommen. Vorschlag eines Nichtangriffspaktes. Dann kam ein universaler Vorschlag von Russland. Vor vier Tagen habe ich einen besonderen Schritt getan, der dazu fuehrte, dass Russland gestern antwortete, es sei zum Abschluss bereit. Die persoenliche Verbindung mit Stalin ist hergestellt. Von Ribbentrop wird uebermorgen den Vertrag schliessen. Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte..." (Ende des Zitates)

Auch bei dieser Fuehreransprache war neben den Oberbefehlshabern kein Minister oder Parteifuehrer anwesend, insbesondere auch nicht der Angeklagte

Rudolf Hess. Das gleiche gilt von dem Dokument 789-PS (USA-23). Der Gegenstand dieses Dokumentes ist eine Besprechung beim Fuehrer am 23. Nov. 1939. Aus diesem Dokument ergibt sich, dass auch hier wiederum nur

die Oberbefehlshaber der Wehrmacht versammelt waren, die die Richtlinien des Fuehrers fuer die bevorstehenden Operationen im Westen entgegennahmen. Das naechste Schlüsseldokument ist Beweisstueck USA-31, naemlich die Weisung Nr.21 fuer den Fall Barbarossa. Es handelt sich hier um eine Weisung des Fuehrers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, die ausschliesslich militaerischen Charakter trug und nur fuer den Bereich der Wehrmacht bestimmt war. Irgendeine Beteiligung ziviler Verwaltungsstellen oder der Partei und sei es auch durch die Person des hoechsten politischen Leiters, naemlich durch den Angeklagten Rudolf Hess, scheidet bei der Natur dieser Weisung von vorneherein aus.

Auch aus dem Dokument USA-32 (2718-PS), das eine Aktennotiz ueber das Ergebnis einer Besprechung zum Fall Barbarossa vom 2.5.1941 zum Gegenstand hat, ergibt sich, dass auch bei dieser Besprechung weder der Stellvertreter des Fuehrers noch irgendein anderer politischer Leiter beteiligt war.

Das letzte zu besprechende sogenannte Schlüsseldokument ist USA-33 (1881-PS), eine Aufzeichnung des Gesandten Schmidt ueber die Unterredung zwischen dem Fuehrer und dem japanischen Aussenminister Matsuoka in Berlin am 4. April 1941. Eine Beteiligung des Angeklagten Rudolf Hess oder irgend eines anderen politischen Leiters der Partei konnte bei der Natur dieser Besprechung von vorneherein nicht in Frage kommen. Etwas anderes ergibt sich jedoch aus diesem Dokument, naemlich die Tatsache, dass es nicht nur verfehlt ist, von einem gemeinsamen Plan mit dem Ziel eines Angriffskrieges innerhalb Deutschlands zu sprechen, sondern dass darueber hinaus keinerlei engere, politische oder militaerische Zusammenarbeit zwischen den sogenannten Achsenmaechten bestand, jedenfalls soweit das Verhaeltnis zwischen Deutschland und Japan in Frage kommt.

Welcher Schluss kann nun aus dem Inhalt dieser sogenannten Schlüsseldokumente, die die Anklage selbst als besonders beweisuerheblich fuer das Bestehen eines sog. gemeinsamen Plans bezeichnet hat, gezogen werden?

Bestehen eines sogenannten gemeinsamen Planes beschlossen hat, geglaubt werden? Ohne zu dem materiellen Beweiswert dieser Dokumente Stellung nehmen zu wollen, steht auf Grund dieser Aufzeichnungen jedenfalls fest, daß der Angeklagte Hess bei keiner dieser Besprechungen bzw. Befehlsausgaben anwesend war. Beruecksichtigt man bei Waerdigung dieses Umstandes die weitere Tatsache, dass der Angeklagte Rudolf Hess der Stellvertreter des Fuehrers und damit der oberste politische Leiter und dass er weiterhin vom 1. September 1939 ab nach dem Angeklagten Hermann Goering zum Nachfolger Hitlers bestimmt war, so duerfte fuer die Annahme eines gemeinsamen Planes in der von der Anklage behaupteten Form in der Tat kein Raum mehr sein. In diesem Zusammenhang darf ich Bezug nehmen auf den Bericht des Chefs des Generalstabs der Armee der Vereinigten Staaten an den Kriegsminister fuer die Zeit vom 1. Juli 1943 bis 30. Juni 1945.

Ich zitiere: "... Die vorhandenen Beweise ergeben, dass Hitlers urspruengliche Absicht dahin ging, durch Absorbierung der germanischen Voelker in den angrenzenden Laendern des deutschen Reiches und durch Verstaerkung der neuen Grenzen desselben ein Grossdeutsches Reich zu schaffen, das Europa beherrschen sollte. Zur Erreichung dieses Zieles verfolgte Hitler eine Politik des Opportunismus, welcher es gelang, das Rheinland, Oesterreich und die Tschechoslowakei ohne militaerischen Widerstand zu besetzen.

Kein Beweis ist bis jetzt gefunden, dass das deutsche Oberkommando einen alles erfassenden strategischen Plan hatte (over-all strategic plan). Das Oberkommando billigte zwar grundsaeztlich die Politik Hitlers, aber dessen ungestueme Strategie ueb rrannte die deutschen militaerischen Faehigkeiten und fuehrte schliesslich zur Niederlage Deutschlands. Die Geschichte des deutschen Oberkommandos von 1938 an ist von staendigen persoentlichen Konflikten erfuehlt, in welchen sich zunehmend Hitlers persoentliche Befehle gegen militaerisches Urteil durchsetzten. Der erste Zusammenstoss erfolgte im Jahre 1938 und endete mit der Entlassung von Blombergs, von Fritsch und Becke und im Abschleichen des letzten noch wichtigen konservativen Einflusses auf die deutsche Aussenpolitik.



Die Feldzuege in Polen, Norwegen, Frankreich und in den Niederlanden hatten ernste Diversionen zwischen Hitler und den Generalen hinsichtlich der Einzelheiten in der Durchfuehrung der strategischen Plae-  
ne zur Folge. In jedem Fall setzte sich der Generalstab fuer die ortho-  
doxe Form der Offensive ein, - Hitler dagegen fuer einen unorthodoxen  
Angriff, dessen Ziele tief im Feindgebiet lagen. In jedem Fall setzte  
sich Hitlers Auffassung durch und der wirklich erstaunliche Erfolg  
jedes dieser aufeinanderfolgenden Feldzuege erhoben Hitlers Prestige  
zu einem Punkt, wo man nicht mehr wagte, seiner Ansicht zu widerspre-  
chen. Sein militaerisches Selbstvertrauen wurde grenzenlos nach dem  
Sieg in Frankreich, und er begann nunmehr die Gedankengaenge seiner  
Generale selbst in der Gegenwart juengerer Offiziere zu kritisieren und  
herabzusetzen. So kam es, dass vom Generalstab kein Widerstand vorge-  
bracht wurde, als Hitler seinen schicksalhaften Entschluss fasste, [der  
aus dem Osten drohenden Gefahr entgegenzutreten.] *musste 25.7.46 geändert  
schreiben S. 416 unten*

Mit dem Kriegseintritt Italiens beabsichtigte Mussolini, unter  
dem Deckmantel deutscher militaerischer Erfolge seine strategischen  
Plaene hinsichtlich der Expansion seines Imperiums zu verwirklichen.  
Feldmarschall Keitel erkluert, dass die italienische Kriegserklaerung  
im Gegensatz stand zu den an Deutschland abgegebenen Erkluerungen. Bei-  
de, Keitel und Jodl, stimmen darin ueberein, dass sie unerwuenscht war.  
Von Anfang an war Italien nichts als eine Last fuer das deutsche Krieg-  
potential. Durch die Abhaengigkeit hinsichtlich Oel und Kohle war Ita-  
lien eine bestaendige Quelle fuer Reibungen auf dem Wirtschaftsektor.  
Mussolinis einseitige Aktion gegen Griechenland und sein Angriff auf  
Aegypten zwang die Deutschen zum Balkanfeldzug sowie zum Afrikafeldzug  
und hatte die Ueberbeanspruchung der deutschen Kraefte zur Folge, wel-  
che zu einem der Hauptfaktoren der deutschen Niederlage wurde.

Es liegt fernerhin keinerlei Beweis vor fuer eine strategische  
Planung zwischen Deutschland und Japan. Der deutsche Generalstab erkannte  
*die Bindung Japans durch den Neutralitaets-*  
*pakt mit Rußland an, hoffte*



jedoch, dass Japan starke britische und amerikanische Land-, See- und Luftstreitkraefte im Fernen Osten binden wuerde ..." (Ende des Zitats).

Die Bekundungen der Angeklagten Keitel und Jodl, die sie im Zeugenstand gemacht haben, decken sich im wesentlichen mit den Feststellungen des amerikanischen Generalstabschefs, so dass sich weitere Ausfuehrungen dazu eruebrigen. Es kann als erwiesen angesehen werden, dass nicht einmal im engsten Mitarbeiterkreis um Adolf Hitler eine voellige Uebereinstimmung ueber die auf dem politischen und militaerischen Gebiet zu ergreifenden Massnahmen bestanden hat, wobei zunaechst das staatsrechtlich begruendete Unterordnungsverhaeltnis zwischen den Offizieren der Wehrmacht und dem Staatsoberhaupt und Obersten Befehlshaber ausser Betracht bleiben kann. Man sieht: nicht einmal fuer den Personenkreis kann das Bestehen eines gemeinsamen auf einen Krieg gerichteten Planes angenommen werden, fuer den es zunaechst am wahrscheinlichsten schien.

Als zweites gemeinsames Ziel der Verschwuerung wird in der Anklageschrift die Aneignung der Gebietsteile behauptet, die Deutschland als Ergebnis des Weltkrieges 1914 bis 1918 verloren hatte. Ich habe bereits eingangs ausgefuehrt, dass bereits die Mantelnote zum Versailler Vertrag die Moeglichkeit einer Revision des Vertrages vorsieht. Darueber hinaus kann aus der Forderung auf Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich und auf Angliederung der sudetendeutschen Gebiete fuer sich allein nicht auf das Bestehen eines Planes geschlossen werden, der gegebenenfalls auch durch Anwendung von Gewalt und auf dem Wege eines Krieges haette verwirklicht werden sollen. In der Tat wurden diese Gebiete unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Voelker daran gehindert, sich schon im Jahre 1919 an das Deutsche Reich anzuschliessen. Ich kann in dieser Frage Bezug nehmen auf meine eingangs gemachten Feststellungen. Tatsaechlich ist der Anschluss Oesterreichs - das kann als Ergebnis der Beweisaufnahme wohl gesagt werden - unter Umstaenden zustande gekommen, die man nicht als

kriegerisch bezeichnen kann und die den Schluss zuliessen, dass der  
groessere Teil der oesterreichischen Bevoelkerung dem Anschluss zustimm-  
te. Was die sudetendeutsche Frage anlangt, so genuegt es hier, auf das  
Muenchener Abkommen zwischen Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und  
Italien hinzuweisen, durch das die Wiedervereinigung der Sudetendeut-  
schen mit dem Reich geregelt wurde.

Und endlich wurde als drittes Ziel des gemeinsamen Planes die An-  
eignung weiterer Gebiete auf dem europaeischen Kontinent bezeichnet,  
die den Verschwœrern als "Lebensraum" dienen sollten. Die Anklage-  
schrift ist in diesem Punkt sehr unklar und laesst jede Substantiierung  
vermissen. In der Tat ist aber die Frage des sogenannten "Lebensraums"  
ein Problem, das von der nationalsozialistischen Ideologie voellig unab-  
haengig ist und bestimmt wird von der Groesse des Raumes und der Volks-  
zahl. Mit dieser Frage musste sich und muss sich jede deutsche Regie-  
rung auseinandersetzen. Wenn ein Argument Hitlers in Deutschen Volke  
einen nachhaltigen Widerhall gefunden hat, dann war es die von ihm er-  
hobene Forderung nach einer angemessenen Beteiligung des Deutschen Vol-  
kes an den materiellen Guetern der Welt. Diese Forderung erschien uns o-  
berechtigt, als das Verhaeltniss zwischen der Groesse des Raumes und  
der Volkszahl bei wenig Voelkern so unguenstig ist, wie beim deutschen.  
So treffen z.B. allein im europaeischen Russland auf einen Quadrat kilo-  
meter 22,1 Einwohner. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika be-  
traegt die Bevoelkerungsdichte nur 17 Menschen. Und Frankreich, mit  
74,6 Menschen auf dem Quadratkilometer, verfuegt ueber nicht weniger als  
11,5 Millionen Quadratkilometer Raum. Endlich beherrscht England mit  
47 Millionen Einwohnern nicht weniger als 35 Millionen Quadratkilometer  
Raumes. Demgegenueber verfuegte Deutschland am 1. September 1939 mit  
ueber 80 Millionen Menschen bei einer Bevoelkerungsdichte von 140 noch  
nicht einmal ueber 600 000 Quadratkilometer. Diese Zahlen sprechen fuer  
sich selbst. Nicht zu trennen von der Frage des Raumes ist eine ange-  
messene Verteilung der *wichtigen Rohstoffe* [Ich brauche  
im einzelnen nicht zu begründen, in

*hier  
Klein gedruckt  
25.2.46  
S. 418.*

wie unzureichender Weise die wichtigsten Rohstoffquellen verteilt sind und dass bestimmte Rohstoffe voellig monopolisiert sind. Sicher ist, dass die Erbitterung ueber die ungerechte Verteilung der materiellen Gueter der Welt im Deutschen Volk um so groesser werden musste, als nicht nur jede vernuenftige Revision abgelehnt, sondern darueber hinaus von der Gegenseite in nicht misszuverstehender Weise die Voelker in zwei Klassen eingeteilt wurden, naemlich in die "Besitzenden" und in die "Habenichtse". In der Tat konnte diese Klassifizierung nicht anders als Hohn empfunden werden.

Im uebrigen herrschte ueber die moeglichen Loesungen, die durch die Raumnot bedingten Schwierigkeiten zu beseitigen, auch nach 1933 durchaus keine einhaellige Auffassung. So hat z.B. gerade der Angeklagte Rudolf Hess zu denen gehoert, die das Problem des Lebensraums nach Moeglichkeit durch den Erwerb von Kolonien geloest sehen wollte. So erklaerte er z.B. in einer grossen Rede am 21. Maerz 1936 in Stettin: "... Der natuerlichste Weg, fuer die Menschen in Deutschland mehr Lebensmittel bereitzustellen ist der, unsere Lebensbasis zu erweitern, das heisst sie zu ergaenzen durch Kolonien. Deshalb hat der Fuehrer mit Erklaerung seiner Bereitschaft in den Voelkerbund zurueckzukehren, die Erwartung verknuepft, dass die Frage der Kolonien einer Pruefung unterzogen wird. Der Fuehrer weiss, dass ein Volk ohne genuegend Raum, ohne genuegende Ernaehrungsgrundlage, dass ein hungerndes Volk auf seinen Selbsterhaltungstrieb heraus auf die Dauer ein Herd der Unruhe sein muss, demgegenueber auch der genialste Staatsmann machtlos ist. Denn der Hunger ist ein Naturtrieb, der weder durch Ernaehrungen noch durch Befehl zu baendigen ist. Der Wunsch nach Kolonien fuer uns ist daher nur der Wunsch nach einer Beruhigung Europas auf lange Sicht und darum ist die Frage der Zuteilung von Kolonien fuer Deutschland ein Teil im Rahmen des grossen Befriedungsvorschlages des Fuehrers..."

(Dokument 14055 14)  
(Ende des Zitats)

Die Welt weiss, dass auch die Erfuellung dieser Forderung ebenso wie die Erfuellung aller anderen Revisionsansprueche verweigert worden ist.

In der Tat kann der Zusammenhang zwischen der ungerechten und jeder wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Verteilung der materiellen Gueter der Welt und den politischen Spannungen, die den Frieden der Welt immer wieder erschuettern, einfach nicht uebersehen werden. Auf diesen Sachverhalt hat auch mit aller Deutlichkeit der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Generalissimus Stalin in seiner grossen Rede vom 11. Februar 1946 anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet hingewiesen, in der er unter anderen ausfuehrte: "... Es waere falsch zu denken, dass der zweite Weltkrieg zufaellig oder als Folge von Fehlern dieser oder jener Staatsmaenner entstanden ist, obwohl diese Fehler ohne Zweifel gemacht worden sind. In Wirklichkeit entstand der Krieg als ein unvermeidliches Ergebnis der internationalen wirtschaftlichen und politischen Krafte auf der Grundlage des modernen monopolistischen Kapitalismus ...

Vielleicht koennte man den Kriegskatastrophen entrinnen, wenn es eine Moeglichkeit gaebe, die Rohstoffe zwischen den Laendern ihren wirtschaftlichen Gewicht entsprechend durch Annahme vereinbarter und friedlicher Beschluesse neu verteilen ... " ( Ende des Zitats ) Und an einer anderen Stelle seiner Rede erklarte Stalin: "... So steht es mit der Frage ueber den Ursprung und den Charakter des zweiten Weltkrieges. Jetzt erkennen wohl alle an, dass der Krieg keine Zufaeligkeit im Leben der Voelker war und es auch nicht sein konnte, dass er sich in der Tat in einen Krieg der Voelker um ihre Existenz verwandelt hat und dass er deshalb kein schnell ablaufender Blitzkrieg sein konnte ... " ( Ende des Zitats )

Diesen Ausfuehrungen ist nichts hinzuzufuegen. Sie sprechen fuer sich selbst. ]]

Meine Herren Richter! Ich komme nun zu der rechtlichen Woerdigung

des als tatsaechlich festgestellt zu erachtenden Sachverhalts: Wie ich bereits ausgefuehrt habe, ist Artikel 6 Absatz 3 des Statuts nicht die Normierung eines eigenen und selbstaendigen Verbrechenstatbestandes, sondern die Erweiterung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Anfuhrer, Anstifter und Teilnehmer, die am Entwurf oder an der Ausfuehrung eines gemeinsamen Planes zur Fuehrung eines der in Absatz 2 genannten Kriegsverbrechen teilgenommen haben. Diese Personen sollen nach der genannten Bestimmung nicht nur fuer die Handlungen verantwortlich sein, die sie selbst begangen haben, sondern sie sollen auch fuer alle Handlungen strafrechtlich einstehen muessen, die von irgendeiner Person in Ausfuehrung eines solchen Planes begangen worden sind.

In Artikel 6 Absatz 2a des Statuts ist der Tatbestand des Verbrechens gegen den Frieden wie folgt bestimmt: "Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchfuehrung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Vertraege; Abschluss von Abkommen oder Abgabe von Zusicherungen, oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwuerung zur Ausfuehrung einer der vorgenannten Handlungen".

Waehrend nun in Artikel 6 Absatz 3 des Statuts ausdruuecklich bestimmt wird, dass die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Teilnehmers am Entwurf eines gemeinsamen Planes sich beschraenkt auf Handlungen, die "von irgendeiner Person in Ausfuehrung eines solchen Planes begangen worden sind", ist nach Artikel 6 Absatz 2a des Statuts das Verbrechen gegen den Frieden bereits vollendet mit dem "Abschluss von Abkommen oder der Abgabe von Zusicherungen oder der Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwuerung zur Ausfuehrung eines Planes, der sich auf die Vorbereitung oder Einleitung oder Durchfuehrung eines Angriffskrieges richtet". Im Gegensatz zu Artikel 6 Absatz 3 ist hier nicht notwendig, dass eine Ausfuehrungshandlung ueberhaupt begangen wird.

*Ich beabsichtige nun nicht, naeher auf die Frage einzugehen, ob am Tage des Kriegsausbruches, also am 1.9.39 unter dem damals gel =*



→ tenden Voelkerrecht der Krieg als solcher und insbesondere der Beginn eines Angriffskriegs ein Verbrechen war. Zu dieser Frage wurde bereits in der Eroeffnungsrede der Verteidigung Stellung genommen. Diese Untersuchung der rechtlichen Seite dieser Frage hat ergeben, dass weder der Voelkerbundspakt noch der Briand-Kellogg-Pakt irgendetwas enthalten, was den Schluss zulassen wuerde, dass der Beginn eines Krieges ein kriminelles und daher strafbares Unrecht war. Das geltende Voelkerrecht kannte weder eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Staates als juristischer Person und noch weniger eine strafrechtliche Verantwortlichkeit der Organe des Staates, also des Staatsoberhauptes, der Regierungsmitglieder, der militaerischen Oberbefehlshaber, der Wirtschaftsfuehrer usw.

Es kann auch dahin gestellt bleiben, worauf dieser unbefriedigende Zustand des Voelkerrechts zurueckzufuehren war. Mit Recht wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Gedanke der Souveraenitaet und die Weigerung vor allem der Grossmaechte, auf einen Teil dieser Souveraenitaetsrechte im Interesse einer besseren ueberstaatlichen Organisation zu verzichten, mit ein Grund fuer den unbefriedigenden Stand des Voelkerrechts gerade in dieser Frage gewesen sind. Im Zusammenhang damit steht eine weitere Tatsache, die mir nicht weniger bedeutsam zu sein scheint, dass es naemlich bis jetzt nicht gelungen ist, eine wirkungsvolle Organisation und ein Verfahren zu schaffen, die eine wirkliche Befriedigung der berechtigten Ansprueche der Voelker auf eine angemessene Beteiligung an den materiellen Guetern der Welt gewahrleistete und auch sonst fuer einen gerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen Sorge tragen wuerde.

Es kann sonach schon auf Grund dieser Feststellungen und Untersuchungen kaum mehr einem Zweifel unterliegen, dass es ein Verbrechen gegen den Frieden, wie es in Artikel 6 Absatz 2a des Statuts seinen tatbestandsmaessigen Ausdruck gefunden hat, nicht gibt. Dieser Abschnitt des Artikels

Artikels 6 des Statuts findet im geltenden Voelkerrecht keine ausreichende Grundlage. <sup>weffull S. 421 am 25.7.46</sup> Hinzu kommt aber nun folgendes: Ich habe bereits den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls wiedergegeben, das in der Nacht vom 23. auf 24. August 1939 zwischen den Regierungen Deutschlands und der Union der Sozialistischen Sowjet Republiken abgeschlossen wurde, also 54 Stunden vor dem geplanten Einmarsch der deutschen Truppen in Polen und in Angesicht der sich bereits einsatzbereit gegenueberstehenden Heere. Der Inhalt dieses Geheimen Zusatzprotokolls, das einen wesentlichen Bestandteil des zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages bildet und fuer dessen Zustandekommen es eine conditio sine qua non war, erfuehlt genau den Tatbestand, wie er in Artikel 6 Abs. 2a des Statuts seinen strafrechtlichen Ausdruck gefunden hat. Aus diesem Sachverhalt koennen nur zwei Folgerungen gezogen werden:

1. Wenn in Bezug auf die Nichtvereinbarkeit des Artikels 6 Abs. 2a des Statuts mit dem geltenden Voelkerrecht auch nur noch der geringste Zweifel bestanden haben sollte, dann muessen diese Bedenken im Hinblick auf den Inhalt dieses Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 ohne weiteres gegenstandslos werden. Damit haben dann aber auch alle Anklagen, soweit sie im Anklagepunkt 1 und 2 der Anklageschrift ihren Ausdruck gefunden haben, jede Grundlage verloren. Es kann, wenn es schon keinen Verbrechensbestand gegen den Frieden gibt, erst recht kein Verbrechen eines gemeinsamen Planes geben, der auf die Begehung eines Angriffskrieges abzielt.
2. Oder aber, man haelt noch wie vor an der Auffassung fest, dass der Artikel 6 Absatz 2a des Statuts in Uebereinstimmung steht mit den Grundsuetzen des internationalen Rechts und der gemeinsamen Ueberzeugung aller Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft, dann ergeben sich daraus Folgen, die nicht weniger schwerwiegend sind. Es ist daher der Fall eingetreten, dass mindestens eine der Signatarmaechte des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 in dem gegenwaertigen Verfahren

nicht

ganzes  
Lese  
25.7.46  
weffull

nur als Verfasser des Gerichtsverfassungsgesetzes, als  
Schoepfer der Strafrechtsnormen, als Anklaeger und Richter  
auftritt - worauf die Verteidiger aller Angeklagten in An-  
sehung der Stellung aller vier Signatarmaechte bereits am 21.  
November 1945 hingewiesen haben - sondern es ist darueber  
hinaus durch die Beweisaufnahme als erwiesen anzusehen,  
dass diese eine Signatarmacht auch noch Teilnehmer  
an einem Plan und Vertragspartner eines Abkommens ist, wie  
es in Artikel 6 Abs. 2a fuer die dafuer Verantwortlichen  
unter Strafe gestellt ist. Dies gilt auch dann, wenn man  
die in dem Geheimen Zusatzprotokoll niedergelegten Abma-  
chungen als unter einer Bedingung getroffen ansieht, naem-  
lich fuer den Fall, dass sich eine Loesung des deutsch-  
polnischen Konfliktes auf dem Verhandlungsweg als unmoeg-  
lich erweisen sollte. Im Strafrecht saemtlicher zivilisier-  
ter Voelker ist es ein allgemein anerkannter Rechtsgrund-  
satz, dass auch der bedingte Vorsatz, also der dolus even-  
tualis eine echte und die Strafbarkeit begruendende Schuld-  
form darstellt.

Es kann voellig dahingestellt bleiben, ob dieser Sach-  
verhalt saemtlichen Signatarmaechten des Londoner Abkom-  
mens vom 8. August 1945 beim Abschluss dieses Abkommens  
und bei der Unterzeichnung des einen wesentlichen Bestand-  
teil des Abkommens bildenden Statuts fuer den Internationa-  
len Militaergerichtshof bekannt war oder nicht. Es kann  
auch dahingestellt bleiben, ob das Londoner Abkommen und  
das Statut aus irgendeinem Rechtsgrund im Hinblick auf den  
vorstehend geschilderten Sachverhalt als nichtig anzusehen  
sind oder nicht. Ich beabsichtige auch nicht die Frage  
zu pruefen, welche rechtlichen Auswirkungen der Inhalt

ganzes Parte wird nicht  
am 21. 7. 46

des Geheimen Zusatzprotokolls auf den Bestand und die Rechtsgültigkeit des deutsch-sowjetischen Nichtsankriegsvertrages vom 23.8.1939 hat, dessen wesentlicher Bestandteil es ist, Das Tribunal wird auch diese Frage ex officio unter Anwendung der Grundsätze zu untersuchen haben, wie sie sich aus dem Recht aller zivilisierten Nationen herleiten. In jedem Fall widerspricht der durch die Beweisaufnahme festgestellte Sachverhalt einem Rechtsgrundsatz, der einen immanenten und integrierenden Bestandteil jeder nationalen und internationalen Rechtsordnung und jeder Rechtsanwendung bildet, dass nämlich niemand Richter in eigener Sache sein kann, dass niemand an der richterlichen Beurteilung eines Sachverhaltes mitwirken kann, wenn er selbst der Teilnahme an einer den

Mich. mch.  
am 27.7.46

Gegenstand der Anklage bildenden Handlung verdächtig ist. Die Idee jeder Gerichtsbarkeit schlechthin hat die Einhaltung dieses Grundsatzes zur selbstverständlichen Voraussetzung.

In der Tat ist es aber nicht bei dem Plan geblieben, wie er seinen Ausdruck in dem deutsch-sowjetischen Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 gefunden hat. Als die deutschen Armeen sich Mitte September 1939 der durch die Flüsse Narew, Weichsel und San gekennzeichneten Demarkationslinie naeherten, ueberschritten die sowjetrussischen Armeen die polnischen Grenzen und besetzten in Ausfuehrung des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23.8.1939 und entsprechend der darin vereinbarten Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphaeren das gesamte oestlich dieser Demarkationslinie liegende Gebiet des Staates Polen. Im Zeitpunkt des Einmarsches der sowjetischen Armeen gab es noch eine polnische Regierung und einen polnischen Staat.

Entsprechend der am 23. August 1939 getroffenen geheimen Abmachungen wurde dann nach der voelligen Niederlage Polens am 28. September 1939 in dem zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag die Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen auf dem Gebiet des fruheren polnischen Staates unter ausdruecklicher Ablehnung jeglicher Einmischung dritter Maechte endgueltig festgelegt. Die in Artikel 1 dieses deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vereinbarte Grenze weicht nur insofern von der am 23. August 1939 vereinbarten Demarkationslinie ab, als die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau zur Interessensphaere Deutschlands gerechnet wurden.

Diese Aenderung der im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 getroffenen Abmachungen wurde, wie ebenfalls auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme in diesem Prozess feststeht, niedergelegt in einem Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Als Ausgleich fuer diese

ganze Seite nicht mehr  
am 27.7.46



Erweiterung der deutschen Interessensphäre wurde in dem Geheimen Zusatzprotokoll vom 28. September 1939 vereinbart, dass in Abänderung des Protokolls vom 23. August 1939 das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR, fallen sollte.

In Ausführung der am 23. August 1939 und am 28. September 1939 getroffenen geheimen Abmachungen gingen die Streitkräfte der Sowjetunion am 30. November 1939 zum Angriff gegen Finnland über, nachdem bereits am Tage vorher die sowjetische Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Finnland abgebrochen und den mit Finnland abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag gekündigt hatte. Als Folge dieses Angriffes wurde die Sowjetunion durch Beschluss des Völkerbundsrates vom 14. Dezember 1939 wegen Verletzung der sich aus dem Völkerbundspakt ergebenden Pflichten aus dem Völkerbund ausgeschlossen.

Am 15. Juni 1940 erfolgte die Besetzung Litauens durch sowjetische Truppen. Lettland und Estland wurden am 17. Juni 1940 besetzt.

Durch Beschluss des Obersten Sowjets vom 3. August 1940 wurde Litauen als 14. Bundesrepublik in den Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgenommen. Die Einbeziehung Lettlands als 15. Bundesrepublik erfolgte durch Beschluss des Obersten Sowjets vom 5. August 1940. Am 6. August 1940 wurde Estland als 16. Bundesrepublik in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgenommen.

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Bessarabien fand am 28. Juni 1940 statt. Durch Beschluss des Obersten Sowjet vom 2. August 1940 wurde Bessarabien der ukrainischen Republik angeschlossen.

Es kann so nach keinem Zweifel unterliegen, dass jedenfalls soweit die Sowjetunion in Frage kommt, es nicht nur zu einem Abschluss von Abkommen oder zur Abgabe von Zusicherungen oder der Beteiligung an einem gemeinsamen Plan im Sinne des Artikels 6 Absatz 2a gekommen ist, sondern dass darüber hinaus der in den geheimen Zusatzprotokollen enthaltene Plan auch durchgeführt worden ist.

Ganze Seite  
nicht mehr  
am 25.7.46

Durch die zuletzt geschilderten Massnahmen der Sowjetregierung ist somit auch der Tatbestand des Artikels 6 Absatz 3 des Statuts als erfuehlt anzusehen.

Alles, was sich in Bezug auf die Uebereinstimmung des Artikels 6 Absatz 2a des Statuts mit der Rechtsueberzeugung der Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft gesagt habe, gilt sinngemaess im Hinblick auf den jetzt geschilderten Sachverhalt auch fuer die Geltung des Artikels 6 Absatz 3 des Statuts.

Darueber hinaus ist zu Artikel 6 Absatz 3 des Statuts folgendes zu sagen:

Der Tatbestand der Verschwörung, wie er in Artikel 6 Absatz 3 seinen Ausdruck gefunden hat, ist eine typische Einrichtung des anglo-amerikanischen Rechtes. Das kontinental-europaeische Recht kennt einen derartigen Verbrechensstatbestand nicht. Es kann aber auch keinem Zweifel unterliegen, dass das internationale Strafrecht, soweit es ein solches in engerem und in eigentlichem Sinne ueberhaupt gibt und man darunter nicht die Normen versteht, die bei der Anwendung eigenen oder fremden Rechts zu beachten sind, den Begriff der Verschwörung als strafrechtlichen Tatbestand ebenfalls nicht kennt.

Es ist aber nicht nur die Frage des geltenden Voelkerrechts und die Uebereinstimmung des Statuts mit diesem einer Pruefung zu unterziehen. Es handelt sich vielmehr daneben auch um die Beantwortung folgender Frage:

In den Eroeffnungsansprachen der vier Hauptanklagevertreter und auch in der dem Prozess vorausgehenden Diskussion ueber die Rechtsgrundlagen des Verfahrens sind zwei sich voellig widersprechende Argumente vertreten worden. Waehrend die einen erklarten, dass das Statut ein vollkommener Ausdruck des geltenden Voelkerrechts sei und mit der gemeinsamen Rechtsueberzeugung aller Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft in Uebereinstimmung stehe, wurde von den anderen behauptet, dass es mit einer der Hauptaufgaben des zueerrichtenden

Internationalen Militaertribunals sei, das Voelkerrecht fortzuentwickeln. Diese letztere Auffassung tritt z.B. ziemlich klar hervor in dem Bericht des amerikanischen Hauptanklagevertreters an den Praesidenten der Vereinigten Staaten vom 7. Juni 1945. Hier wird unter anderem woertlich ausgefuehrt: "... In der Anordnung dieses Gerichtsverfahrens muessen wir uns auch der Bestrebungen bewusst sein, mit denen unser Volk die Beschwerden des Krieges auf sich nahm. Nachdem wir in den Krieg eingetreten waren, und unsere Maenner und unseren Reichtum zur Ausrottung dieses Uebels einsetzten, war es das allgemeine Gefuehl des Volkes, dass aus diesem Krieg unverkennbare Regeln und eine gebrauchsfaeihige Maschine hervorgehen sollten, denen zufolge jeder, der sich mit den Gedanken eines neuen Raubkrieges trug, wissen musste, dass er dafuer persoendlich zur Verantwortung gezogen und persoendlich bestraft wuerde..." (Ende des Zitats).

Oder an einer anderen Stelle wird in diesem Bericht woertlich erkluert: "... Nach dem Voelkerrecht des 19. und fruehen 20. Jahrhunderts galt Kriegsfuehrung im allgemeinen nicht ungesetzlich oder als Verbrechen im Rechtssinne. Zusammenfassend ging die herrschende Lehre dahin, dass beide Parteien in jedem Krieg als in gleicher Rechtslage befindlich angesehen wurden und demzufolge gleiches Recht besaessen". (Ende des Zitats). Die rechtlichen Ausfuehrungen in diesem Bericht schliessen dann auch in der Tat mit folgender Forderung:

"... Ein Angriff auf die Grundlagen der internationalen Beziehungen muss als nichts geringeres als ein Verbrechen gegen die internationale Gemeinschaft angesehen werden, die mit Recht die Unverletzbarkeit ihrer grundsuetzlichen Vertraege schuetzen muss, indem sie den Angreifer bestraft. Daher schlagen wir vor, die Forderung zu erheben, dass ein Angriffskrieg ein Verbrechen ist und dass das moderne Voelkerrecht die Rechtfertigung aufgegeben hat, wonach derjenige, der Kriege *unzettelnd oder fuehrt, im Einklang mit den Gesetzen handle*" (Ende des Zitates)

Und in der Tat: Es waere nicht notwendig die Forderung nach einem Strafgesetz zu ergeben, wenn das in Betracht kommende Verhalten bereits vom geltenden Recht mit Strafe bedroht waere.

Es ist offensichtlich, dass die Erfuellung einer derartigen Forderung durch ein Gericht - ganz gleich, welches auch immer die Rechtsgrundlagen fuer sein Verfahren sein moegen - sich in Widerspruch setzen wuerde zu einem Grundsatz, der sich aus dem Strafrecht fast saentlicher zivilisierter Staaten herleitet und der seinen Ausdruck findet in der Regel: nulla poena sine lege, dass also eine Handlung nur dann mit einer Strafe belegt werden kann, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Dieser Sachverhalt erscheint umso bemerkenswerter, als es sich bei der Regel nulla poena sine lege um einen Grundsatz handelt, der in den Verfassungen fast aller zivilisierter Staaten verankert ist. So findet er sich z.B. in Artikel 39 der englischen Magna Charta, des Koenigs Johann von 1215, in der nordamerikanischen Verfassung von 1776 und in den Erklaerungen der franzoesischen Revolution von 1789 und 1791.

Dieser Grundsatz nulla poena sine lege steht aber nicht nur der Annahme eines Verbrechens gegen den Frieden entgegen, wie es durch den Gerichtshof in Fortentwicklung des geltenden Voelkerrechts als strafbarer Tatbestand nach der Ansicht eines Teiles der Anklaeger statuiert werden soll, er steht vielmehr insbesondere auch der Absicht entgegen, in Fortentwicklung des bisher geltenden Voelkerrechts nun auch noch einen selbststaendigen Straftatbestand der Verschwörung durch Richterspruch zu schaffen. Dabei kann es keinen Unterschied machen, ob diese Verschwörung gerichtet ist auf die Begehung eines Verbrechens gegen den Frieden oder auf die Begehung eines Verbrechens gegen die Kriegsbraeuche. Auch die Annahme eines gemeinsamen Plans oder einer

Verabredung zur Begehung von Kriegsverbrechen als selbstaendigen Straftatbestand ist nicht vereinbar mit dem Grundsatz nulla poena sine lege. Anwendbar sind vielmehr auch hier nur, - wie vom franzoesischen Hauptanklagevertreter bereits richtig dargetan worden ist - die nach dem Heimatrecht des Taeters oder nach dem Rechte des Tatortes geltenden Teilnahmebestimmungen. Diese Teilnahmebestimmungen beschraenken sich unter den gegebenen Umstaenden auf die Erweiterung der Strafandrohung fuer die Faelle der Mittaeterschaft, Anstiftung und Beihilfe.

Von der Teilnahme an dem allgemeinen Plan oder Verschwörung, wie er in Anklagepunkt 1 dargestellt ist, abgesehen, wird dem Angeklagten Rudolf Hess, im Rahmen seiner persoенlichen Verantwortlichkeit fuer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von der Anklage im wesentlichen nur der Inhalt eines Dokumentes zur Last gelegt und zwar die Urkunde GB-268 (R-96).

Es handelt sich hier um einen Brief des Reichsministers der Justiz an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei vom 17. April 1941, der sich mit der Einfuehrung von Strafgesetzen gegen Polen und Juden in den angegliederten Ostgebieten befasst. Der Angeklagte Rudolf Hess spielt darin nur insoweit eine Rolle, als in dem Brief unter anderem erwachnt wird, der Stellvertreter des Fuehrers habe die Einfuehrung der Koerperstrafe zur Eroerterung gestellt. Wenn man beruecksichtigt, dass der Stab des Stellvertreters des Fuehrers allein 500 Beamte und Angestellte umfasste und dass fuer Fragen der Gesetzgebung eine eigene Abteilung vorhanden war, die unmittelbar mit den einzelnen Ministerien verhandelte, so erscheint es schon sehr zweifelhaft, ob der Angeklagte Rudolf Hess in dieser Frage ueberhaupt persoенlich befasst wurde. In diesem Zusammenhang nehme ich Bezug auf die eidesstattliche Versicherung der Zeugin Hildegard Fath, Beweisstueck Rudolf Hess Nr. 16. Im Hinblick jedoch darauf, dass die vom Stellvertreter des Fuehrers zur Eroerterung gestellte Massnahme nicht eingefuehrt



wurde, duerfte es auf die Kenntnis des Angeklagten nicht ankommen. Ohne dass auf den subjektiven Tatbestand naeher eingegangen zu werden braucht, kann gesagt werden, dass bei Anwendung der Grundsaeetze, wie sich aus dem Strafrecht aller zivilisierten Voelker herleiten laesst, es sich hier nicht einmal um einen Versuch handelt. Die Stellungnahme des Fuehrers, wie sie in dem Brief des Reichsjustizministers ihren Niederschlag gefunden hat, ist strafrechtlich unerheblich. Es kann dabei voellig ausser Betracht bleiben, ob ein Strafgesetz verletzt wurde, wenn die zur Eroerterung gestellte Massnahme tatsaechlich in einem Reichsgesetz ihren gesetzgeberischen Niederschlag gefunden haette.

Ein anderes von der Anklagevertretung vorgelegtes Dokument ist USA Beweisstück 696 ( 062 - PS ). Es handelt sich dabei um die Anordnung des Stellvertreters des Fuehrers vom 13. März 1940, die sich mit der Belehrung der Zivilbevoelkerung ueber sachgemässes Verhalten bei Landungen feindlicher Flugzeuge oder Fallschirmabspringer auf deutschem Reichsgebiet befasst. Dieses Dokument ist zwar weder in dem von der britischen Anklagevertretung vorgelegten Trial-Brief enthalten noch von Herrn Oberst GRIFFITH JONES am 7. Februar 1946 erwähnt worden, als er die persönliche Verantwortlichkeit des Angeklagten Rudolf HESS behandelte. Im Hinblick darauf, dass diese Anordnung aber offiziell als Beweisstück vorgelegt wurde, ist es notwendig, kurz darauf einzugehen.

Anlass zu dieser Anordnung vom 13. März 1940 war die Tatsache, dass die französische Regierung der französischen Zivilbevoelkerung amtlich und durch Rundfunk Anweisungen gegeben hat, wie sie sich bei Landungen deutscher Flugzeuge zu verhalten habe.

Auf Grund dieser Weisungen der französischen Regierung hat sich der Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe veranlasst gesehen, auch seinerseits die deutsche Zivilbevölkerung über den Parteidienstweg entsprechend zu unterrichten. Er hat daher eine Anweisung über das Verhalten bei Landungen feindlicher Flugzeuge oder Fallschirmabspringer herausgegeben, die als Anlage zu der genannten Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 13. März 1940 Verwendung fand.

Diese Anweisung enthält jedoch nichts, was mit den Gesetzen und Gebräuchen der Kriegführung in Widerspruch steht, wie sie z.B. auch in der Haager Landkriegsordnung ihren Ausdruck gefunden haben. Dies gilt insbesondere auch von der Ziffer 4, in der Anweisung gegeben wird, feindliche Fallschirmabspringer entweder festzunehmen oder unschädlich zu machen. Sowohl nach dem Wortlaut als auch insbesondere nach dem Sinn dieser Ziffer 4 kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, dass damit nur gesagt werden sollte, dass die feindlichen Fallschirmabspringer bekämpft und niedergekämpft werden sollten, wenn sie sich nicht freiwillig ergaben und ihrerseits sich der Festnahme durch Anwendung von Gewalt, insbesondere durch Gebrauch der Schusswaffen zu entziehen versuchten. Dies ergibt sich allein schon aus dem Wort "oder". In erster Linie sollte ihre Gefangennahme versucht werden. Dies allein schon im Interesse des Nachrichtendienstes. Erst wenn das infolge Widerstandes sich als unmöglich erwies, sollten sie unschädlich gemacht, also niedergekämpft werden.

Jede andere Auslegung dieser Anweisung würde nicht nur dem Wortlaut und dem Sinn widersprechen, sondern

HESS

sondern darüber hinaus auch in Widerspruch stehen zu der Tatsache, dass bis zum Frankreichfeldzug der Krieg nach den Regeln geführt wurde; wie sie unter anderem auch in der Haager Landkriegsordnung niedergelegt sind und dass jedenfalls zu dieser Zeit - März 1940 - der Krieg sich noch nicht zu dem gegenseitigen Vernichtungskampf entwickelt hatte; wie er nach Beginn des deutsch-russischen Krieges es werden sollte. Hess eine andere Auslegung völlig ausgeschlossen ist; ergibt sich auch aus dem sogenannten Kommando - Befehl des Führers vom 18. 10. 1942, der von der Anklage unter der Nummer USA - 501 ( 498 - FF ) vorgelegt wurde. Die Überlegungen zu diesem Befehl - bei dem übrigens völlig andere Voraussetzungen vorgelegen haben - und der Erlass dieses Kommando-Befehls durch Hitler selbst trotz des Widerspruches des OKW und des Chefs des WFFS; wären völlig überflüssig gewesen; wenn der Oberbefehlshaber der Luftwaffe bereits im März 1940 Weisungen erlassen hätte; die dem gleichen Zweck dienten. Zudem ist in Ziffer 4 des Führer - Befehls vom 18. 10. 1942 ausdrücklich bestimmt, dass gefangen genommene Angehörige von Kommandos dem SD übergeben werden sollten.

Da der deutsche Text dieser Anweisung zur Anordnung  
s. 426 73 *gilt als Anweisung*  
vom 30. März 1940 völlig eindeutig ist und keinerlei Zweifel aufkommen lässt; habe ich davon abgesehen; zusätzliche Beweismittel zu dieser Frage heranzuziehen. Für den Fall jedoch, dass das Gericht diese Auffassung nicht teilen sollte wird es zur völligen Aufklärung des Sachverhaltes nicht zu umgehen sein, dass das Gericht von sich aus die Anweisungen heranzieht; die die französische Regierung zu Beginn des

HESS  
Jahres 1940 der französischen Zivilbevölkerung für den Fall der Landung der deutschen Flugzeuge oder deutscher Fallschirmspringer gegeben hat.

Auf das Dokument GB-267 ( PS-3245), das dem Angeklagten HESS ebenfalls zur Last gelegt wird, braucht nicht nacher eingegangen zu werden; da der Inhalt dieses Dokuments unter Anwendung der obigen Grundsätze auf keinen Fall als Verbrechen gegen die Kriegsgesetze oder gegen die Humanität angesehen werden kann.

Rudolf HESS ist ausser als Einzelperson auch noch als Mitglied der SA, der W, des Korps der Politischen Leiter und der Reichsregierung angeklagt. Was die Mitgliedschaft bei der SA und der W anlangt, so eruebrigen sich dazu nachere Ausführungen. Aus den von der Anklage vorgelegten Dokumenten ergibt sich, dass in diesen beiden Organisationen der Angeklagte Rudolf HESS nur den Ehrenrang eines Obergruppenführers innehatte. Eine Befehls- oder Disziplinargewalt war damit nicht verbunden.

Als Stellvertreter des Führers war der Angeklagte Rudolf HESS Inhaber des höchsten Amtes, das es im Korps der Politischen Leiter gab. Es kann nicht meine Aufgabe sein, im einzelnen zu der Anklage Stellung zu nehmen, die gegen das Korps der Politischen Leiter im Rahmen und in Anwendung des Artikels 9 des Statuts erhoben wird und die ihren Ausdruck in ihrem Antrag findet, das Korps der Politischen Leiter als verbrecherische Organisation zu erklären. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Rudolf Hess zwar nicht der einzige hier auf der Anklagebank sitzende politische Leiter, immerhin aber doch der

höchste politische Leiter und Haupt war, erscheinen einige grundsätzliche Bemerkungen doch veranlaßt zu sein.

Nach Artikel 9 des Statuts kann der Gerichtshof in dem Prozess gegen ein Mitglied einer Organisation erklären, dass die Organisation, welcher der Angeklagte angehörte, eine verbrecherische Organisation war. Voraussetzung dafür ist nach dem Statut, dass diese Erklärung des Gerichtshofes in Verbindung steht mit einer Handlung, derentwegen der Angeklagte verurteilt wird. Unter Handlung im Sinne des Artikels 9 des Statuts kann nur ein persönlich zurechenbares und vorwerfbares Tun oder Unterlassen verstanden werden, nicht dagegen die sich gegebenenfalls aus Artikel 6 Absatz 3 ergebende erweiterte Haftung für die Handlung eines anderen. Da nun aber weder in der Anklageschrift noch im Trial-Brief, der die persönliche Verantwortlichkeit des Angeklagten Rudolf Hess behandelt, diesem irgendeine Handlung zum Vorwurf gemacht wird, die den Tatbestand eines Kriegsverbrechens oder eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erfüllt, wäre auch in diesem Falle eine Verurteilung des Angeklagten Hess - nämlich als Mitglied des Korps der Politischen Leiter - gleichbedeutend mit der Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für das Tun oder Unterlassen eines anderen. Obwohl der Angeklagte Rudolf Hess der höchste politische Leiter war und obwohl ihm persönlich kein Verhalten zur Last gelegt wird, das den Tatbestand eines Straftatbestandes erfüllt, soll er als Mitglied der von ihm geleiteten, angeblich verbrecherischen Organisation verurteilt werden - man wird nicht bestreiten können, dass das ein nicht alltäglicher juristischer Fall ist.

Es erscheint aber etwas anderes wesentlicher:

Die Verteidigung war gezwungen, das Kernstück des Statuts, nämlich den Artikel 6, als nicht mit den allgemein geltenden



Grundsätzen des Voelkerrechts in Uebereinstimmung stehend anzuerkennen, Artikel 9 des Statuts steht nicht weniger im Widerspruch zu der gemeinsamen Rechtsueberzeugung aller Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft. Es gibt weder einen Rechtssatz des Voelkerrechts noch einen Rechtssatz irgendeines nationalen Rechts, der die Mitgliedschaft in einer Organisation fuer verbrecherisch erklaert, ohne dass im einzelnen Fall untersucht wird, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persoendlich schuldig gemacht hat. Entgegen den allgemeinen Prinzipien des Strafrechts, wie sie sich aus dem Strafrecht aller zivilisierten Nationen ableiten, sieht das Statut in Artikel 9 eine strafrechtliche Verantwortlichkeit und eine Kollektivhaftung aller Mitglieder gewisser Organisationen und Institutionen vor und zwar ohne Ruecksicht darauf, ob das einzelne Mitglied ein Verschulden trifft.

Das Statut verlaesst damit einen Grundsatz, der ein integrierender Bestandteil jeder modernen Strafrechtspflege ist. Der Satz "Ohne Schuld keine Strafe" - und die Erklaerung, eine bestimmte Organisation sei verbrecherisch, ist fuer die davon betroffenen Mitglieder eine Strafe - ist ein wesentlicher Bestandteil des Strafrechtsbewusstseins unserer Zeit, sofern man unter Schuld den Inbegriff derjenigen Voraussetzungen der Strafe versteht, welche die persoentliche Vorwerfbarkeit der rechtswidrigen Handlung gegenueber dem Handelnden begruenden. Wird allein schon die Mitgliedschaft zu einer bestimmten Organisation zum Gegenstand eines kriminellen Unwerturteils gemacht, dann erscheint die zum Vorwurf gemachte Handlung nicht mehr als rechtlich missbilligter Ausdruck der Persoenlichkeit des Handelnden. Das muss insbesondere in Bezug auf Organisationen gelten, die Hunderttausende, ja Millionen von Mitglieder hatten.

Daher hat es eine Strafe ohne Schuld bis jetzt nur bei primitiven Rechten gegeben. Zutreffend sagt daher der grosse deutsche Strafrechtslehrer von Liszt, der zugleich ein konstruktiver Denker auf dem Gebiet

des Voelkerrechts war: "Wie es der religioesen Aufgabe nicht widerstrebt, dass die Suenden der Vaeter heimgesucht werden an Kind und Kinderskindern, wie in den Trauerspielen der Alten das blind waltende Schicksal und in der Literatur unserer Tage das Gesetz der Vererbung die Stelle der Verschuldung vertritt, so kennt auch das aelteste Recht aller Voelker keine Strafe ohne Schuld". (Ende des Zitats).

Nur bei primitiven Rechten hat es eine strafrechtliche Haftung ohne Schuld gegeben. Und in der Tat: In der Rechtsgeschichte aller Voelker wurde die sogenannte strafrechtliche Erfolgshaftung sehr bald abgeloeset von dem Grundsatz der Haftung nur bei Verschulden und damit jener Zustand erreicht, der allein mit der Wuerde des Menschen vereinbar ist. Die im Artikel 9 des Statuts getroffene Regelung bedeutet nicht nur einen bedauerlichen Beitrag zur Beschleunigung des anscheinend unaufhaltsamen Prozesses der Vermassung des Menschen, sondern sie ist darueber hinaus ein Rueckfall in die ersten Anfaenge strafrechtlichen Denkens. Im Hinblick auf diese Tatsachen kann nicht anerkannt werden, dass diese Bestimmung des Statuts in Uebereinstimmung steht mit dem geltenden Recht, wie es sich herleitet aus der gemeinsamen Rechtsueberzeugung aller Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft und aus den allgemeinen Prinzipien des Strafrechts aller zivilisierten Nationen.

Endlich ist Rudolf Hess angeklagt als Mitglied der Reichsregierung. Was seine Zugehoerigkeit zu dem Geheimen Kabinettsrat anlangt, so ist dazu folgendes zu sagen: Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass dieser geheime Kabinettsrat nur geschaffen wurde, um das Ausscheiden des frueheren Reichsaussenministers von Neurath vor der Oeffentlichkeit nicht als Bruch zwischen dem letzteren und Adolf Hitler erscheinen zu lassen. Tatsaechlich hat niemals eine Tagung dieses Geheimen Kabinettsrats stattgefunden. Der Rat ist nicht einmal zu einer konstituierenden Sitzung zusammengetreten.

In Bezug auf das Reichskabinett steht auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme fest, dass spaetestens seit dem Jahre 1937 keine Kabinettsitzungen mehr stattgefunden haben. Die von der Reichsregierung zu erfuellenden Aufgaben, insbesondere die gesetzgeberischen Funktionen wurden in sogenannten Umlaufverfahren erledigt. Die Beweisaufnahme hat aber ferner ergeben, dass spaetestens vom Jahre 1937 an die grossen politischen und militaerischen Entscheidungen von Adolf Hitler ausschliesslich und allein getroffen wurden, ohne dass die Mitglieder der Reichsregierung vorher in Kenntnis gesetzt wurden. Irgendeine massgebende Entscheidung in politisch oder militaerisch wichtigen Fragen hat die Reichsregierung als Institution seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wahrscheinlich schon sehr viel frueher als 1937 nicht mehr getroffen. Es waere voellig abwegig anzunehmen, dass die Mitglieder der Reichsregierung im nationalsozialistischen Staat auch nur annaehernd die gleiche Stellung gehabt hatten, wie in einem nach parlamentarischen Grundsuetzen regierten Staat selbstverstaendlich ist. Ebenso wenig, wie es unter den auf der Anklagebank sitzenden Maennern einen gemeinsamen Plan der Verschwörung gegeben hat, hat es etwas deraartiges innerhalb der Reichsregierung gegeben. Es war zum Teil sogar so, dass innerhalb der Reichsregierung auseinanderstrebende Kreaefte sich bemerkbar machten, die fuer sich allein schon die Verabredung eines gemeinsamen Planes, wie er in der Anklageschrift seinen Ausdruck gefunden hat, unmoeglich gemacht haetten. Es genuegt hier auf die Bekundungen des Zeugen Lammers hinzuweisen und auf die Tatsache, dass Adolf Hitler, dem diese Tatsachen auch nicht verborgen bleiben konnten, schliesslich sogar ein Verbot des Inhalts erlassen hat, dass die einzelnen Reichsminister von sich aus nicht mehr zu Besprechungen zusammen kommen duerften.

In diesem Zusammenhang kann etwas anderes nicht unerwaehnt bleiben. Wenn die Beweisaufnahme in diesem Prozess etwas mit Sicherheit

ergeben hat, dann ist es der Nachweis fuer die ungeheuerere Machtstellung und die unvorstellbare Autoritaet, die Adolf Hitler innerhalb des deutschen Regierungssystems gehabt hat. Wenn Generaloberst Jodl im Zeugenstand erklart hat, dass es niemand gegeben hat, der auf die Dauer mit Erfolg Hitler haette widersprechen koennen und dass es einen solchen auch nicht geben konnte, dann duerfte er mit wenigen Worten das Richtige getroffen haben. Es mag das vielleicht bedauerlich sein, vermag aber an der Tatsache als solcher nichts zu aendern. Wenn man sich nun noch vor Augen haelt, dass diese ueberragende Stellung Hitlers im Laufe der Jahre immer groesser wurde, so duerfte das allein schon geeignet sein, die Annahme eines gemeinsamen Planes, wie er in der Anklageschrift behauptet wird, auszuschliessen. Wie ueberhaupt folgendes gesagt werden muss: Die vor diesem Gericht angeklagten frueheren Parteifuehrer, Generale und Regierungsmitglieder erhalten in diesem Verfahren durch den Tod Hitlers eine Bedeutung, wie sie ihnen im oeffentlichen Leben der Vergangenheit tatsaechlich nicht zugekommen ist. Waehrend das gesamte politische Leben der vergangenen 12 Jahre in Deutschland ueberschattet war von dem ueberragenden Einfluss der Person Hitlers, wirkt sich in diesem Verfahren das Fehlen dieses Mannes auf der Anklagebank in einer Weise aus, dass ein voellig verzerrtes Bild der politischen Wirklichkeit der vergangenen 12 Jahre ohne jeden Zweifel entstehen muss.

Meine Herrn Richter!

Ich komme nunmehr zu dem Ereignis, das die politische Laufbahn des Angeklagten Rudolf Hess beenden sollte, zu seinem Flug nach England am 10. Mai 1941. Dieses Unternehmen ist in diesem Verfahren aus mehreren Gruenden von beweiserheblicher Bedeutung. Wie sich aus der Beweisaufnahme ergibt, hat der Angeklagte Rudolf Hess den Entschluss zu diesem Flug bereits im Juni 1940 und zwar unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs gefasst. Die Durchfuehrung des Planes

verzögerte sich aus einer Reihe von Gründen, insbesondere mussten vorher bestimmte technische Voraussetzungen erfüllt sein. Darüber hinaus spielten aber auch Überlegungen politischer Natur eine Rolle und zwar insbesondere in der Richtung, dass ein derartiges Unternehmen, wenn überhaupt nur dann von Erfolg begleitet sein konnte, wenn auch die politischen Verhältnisse und insbesondere die militärische Lage für die Einleitung von Friedensverhandlungen günstig erschienen. Denn die Wiederherstellung des Friedens war unzweifelhaft das Ziel, das Hess bei seinem Flug nach England verfolgte.

Als der Angeklagte Hess am Tag nach seiner Landung dem Herzog von Hamilton vorgeführt wurde, erklärte er diesem: "Ich komme in einer Mission der Menschlichkeit". Bei den Unterredungen, die dann der Angeklagte am 13./14. und 15. Mai mit Herrn Kirkpatrick vom Auswärtigen Amt hatte, setzte er diesem im einzelnen die Beweggründe auseinander, die ihn zu seinem aussergewöhnlichen Schritt veranlasst hatten. Er gab ihm zugleich Kenntnis von den Bedingungen, unter denen Hitler bereit wäre, Frieden zu schliessen. Am 9. Juni 1941 fand sodann eine Besprechung zwischen Rudolf Hess und Lord Simon statt, der im Auftrag der Britischen Regierung erschienen war. Ich habe die Niederschrift über diese Besprechung dem Tribunal als Beweisstück übergeben und nehme darauf Bezug. Aus diesem Dokument ergibt sich, dass der Beweggrund für diesen aussergewöhnlichen Flug die Absicht war, weiteres Blutvergiessen zu vermeiden und günstige Bedingungen für die Einleitung von Friedensverhandlungen zu schaffen. Im Verlaufe dieser Unterredung übergab der Angeklagte Hess Lord Simon auch ein Schriftstück, auf dem die vier Bedingungen verzeichnet waren, unter denen damals Adolf Hitler bereit gewesen wäre, Frieden mit England zu schliessen. Die Bedingungen waren:



1. Um kuenftige Kriege zwischen der Achse und England zu verhindern, soll eine Abgrenzung der Interessensphaeren stattfinden. Die Interessensphaere der Achsenmaechte soll Europa, die Englands sein Weltreich sein.
2. Rueckgabe der deutschen Kolonien.
3. Entschaedigung deutscher Staatsangehoeriger, die vor oder waehrend des Krieges im Britischen Weltreich Wohnsitz hatten und durch Massnahmen einer Regierung im Weltreich oder durch irgendwelche Geschehen, wie Pluenderung, Tumult usw. Schaden an Leben oder Eigentum erlitten haben. Entschaedigung auf gleicher Grundlage durch Deutschland an britische Staatsangehoerige.
4. Waffenstillstand und Friedensschluss mit Italien zu gleicher Zeit.

Rudolf Hess erklarte sowohl Herrn Kirkpatrik als auch Lord Simon gegenueber, dass dies die Bedingungen gewesen seien, unter denen Hitler schon unmittelbar nach Beendigung des Frankreichfeldzuges bereit gewesen waere, mit England Frieden zu schliessen und dass sich diese Einstellung Hitlers auch seit Beendigung des Frankreichfeldzuges nicht mehr geaendert habe. Es liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, welche diese Darstellung des Angeklagten als nicht glaubhaft erscheinen lassen koennen. Im Gegenteil. Sie steht durchaus im Einklang mit vielen Erklaerungen, die Hitler selbst in Bezug auf das Verhaeltnis zwischen Deutschland und England abgegeben hat. Darueber hinaus haben die Angeklagten Goering und von Ribbentrop im Zeugenstand ebenfalls bestaetigt, dass die von Hess Lord Simon bekanntgegebenen Bedingungen mit der Ansicht Hitlers voellig uebereinstimmen.

Wenn in den von Hess bekanntgegebenen Bedingungen Europa als Interessensphaere der Achsenmaechte vorgesehen war, so kann daraus keineswegs der Schluss gezogen werden, dass dies gleichbedeutend gewesen sei mit einer Beherrschung Europas durch die Achsenmaechte. Aus den von Hess

gegebenen Erklärungen - sie sind in der Niederschrift ueber die Unterredung zwischen ihm und Lord Simon enthalten - ergibt sich vielmehr mit aller Deutlichkeit, dass damit lediglich eine Einflussnahme Englands auf Kontinentaleuropa ausgeschaltet werden sollte.

Welche rechtlichen Folgerungen ergeben sich aus diesen Tatsachen? In der Anklageschrift wird dem Angeklagten Hess zur Last gelegt, zusammen mit den uebrigen Angeklagten an einer psychologischen Vorbereitung des Deutschen Volkes auf den Krieg mitgewirkt zu haben. Soweit die von der Anklage behauptete psychologische Kriegsvorbereitung Teil des gemeinsamen Planes ist, genuegt es, auf meine in diesem Zusammenhang gemachten Ausfuehrungen zu verweisen. Wenn von der Anklage aber auch behauptet werden will, dass der Angeklagte Hess darueber hinaus auch persoenlich diese psychologische Kriegsvorbereitung betrieben hat, dann ergibt sich, von seinen vielen Friedensreden abgesehen, mindestens aus diesem Flug nach England und den damit verfolgten Absichten das Gegenteil. Ohne naeher auf die allgemeinen Umstaende und auf das persoenliche Verhaeltnis zwischen Hitler und dem Angeklagten Hess eingehen zu wollen, kann doch das eine mit Sicherheit gesagt werden: Der Angeklagte Hess hat mit seinem Flug nach England eine Tat vollbracht, die im Hinblick auf seine Stellung in der Partei und im Staat und insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, dass er nach Goering als Nachfolger Hitlers bestimmt war, nur als Opfer bezeichnet werden kann, als ein Opfer, das Hess brachte im Interesse der Wiederherstellung des Friedens und im Interesse nicht nur des Deutschen Volkes, sondern darueber hinaus Europas und der ganzen Welt. Dieses Opfer war umso groesser, als Hess zu den wenigen gehoerte, die zu Hitler ein enges persoenliches Vertrauensverhaeltnis hatten. Wenn der Angeklagte Hess sich trotzdem dazu entschloss - seine Stellung in der Partei und im Staat und alles das, was ihn mit Hitler persoenlich verband, im Interesse der Wiederherstellung des Friedens auf das Spiel zu setzen - ,

dann muss daraus der Schluss gezogen werden, dass auch der Angeklagte Hess im Krieg eine furchtbare Geisel der Menschheit erblickt hat und es schon allein aus diesem Grund als unwahrscheinlich erscheinen muss, dass er die Absicht hatte, das Deutsche Volk auf den Krieg vorzubereiten. /

Wie ich bereits ausgeführt habe, muss auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme angenommen werden, dass der von der Anklage behauptete Plan nicht bestanden hat. Fuer den Fall jedoch, dass das Tribunal in dieser Frage das Ergebnis der Beweisaufnahme anders wuerdigen und in Anwendung des Artikels 6 Absatz 3 des Statuts das Bestehen eines derartigen auf den Beginn eines Angriffskrieges gerichteten Planes annehmen sollte, ist es notwendig, die Frage zu pruefen, welche rechtlichen Folgen der Flug des Angeklagten Rudolf Hess nach England und die damit verbundenen Absichten auf seine von der Anklage behauptete Teilnahme an dem gemeinsamen Plan hatten. Hierzu ist folgendes zu sagen: Artikel 6 Absatz 3 des Statuts erweitert die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten fuer alle Handlungen, die von irgendeiner Person in Ausfuehrung des von der Anklage behaupteten gemeinsamen Planes begangen worden sind. Das Statut selbst enthaelt keine Bestimmungen darueber, ob und unter welchen Umstaenden ein Ausscheiden bzw. ein Ruecktritt von dem gemeinsamen Plan moeglich ist. Daraus kann jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass ein derartiges Ausscheiden grundsatzlich ausgeschlossen sein soll. Diese Annahme verbietet sich schon deshalb, weil das Statut ganz offenbar keine erschöpfende Regelung aller materiellen und verfahrensrechtlichen Fragen geben will. Wenn schon im anglo-amerikanischen Recht der Ruecktritt grundsatzlich zugelassen ist, dann muss er unter den Regeln des Statuts erst recht moeglich sein. Denn das Statut stellt einen Inbegriff von Normen dar, in dem auch ganz unverkennbar Institutionen des kontinentaleuropaeischen Rechts mitberuecksichtigt sind. Das kontinentaleuropaeische Recht geht ganz eindeutig von der Vorstellung aus, dass die strafrechtliche

Verantwortlichkeit des Täters nur soweit reicht, als sein Tun oder Unterlassen von seinem Willen umfasst wird, Der Ruecktritt vom Versuch als Strafaufhebungsgrund ist daher eine Institution, die sich in fast allen europaeischen Rechtsordnungen findet. Ist daher schon nach anglo-amerikanischem Recht ein Ausscheiden aus der Verschwörung moeglich, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, dass auch nach dem Statut diese Moeglichkeit grundsaeztlich bestehen muss. Dies muss umso eher angenommen werden, als grundsaeztlich in den Faellen, in denen das Statut keine bindende Regel aufstellt, das deutsche Recht anzuwenden ist. Soweit der Angeklagte Rudolf Hess in Frage kommt, duerfte dies umso weniger zweifelhaft sein als die dem Angeklagten Rudolf Hess zur Last gelegten Handlungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes begangen wurden. In diesem Fall ist nach allgemeinen Rechtsgrundsaeetzen, wie sie sich aus dem Recht aller zivilisierten Nationen ableiten und wie sie insbesondere auch in dem sogenannten internationalen Strafrecht aller Voelker ihren Ausdruck finden, die sogenannte lex loci, also das Recht des Begehungsortes massgebend.

Uebertraegt man diese Grundsaeetze auf das Verhalten des Angeklagten Rudolf Hess und auf seinen Flug nach England vom 10. Mai 1941, so ergibt sich daraus zunaechst, dass - die Beweisaufnahme hat jedenfalls nichts Gegenteiliges ergeben - alles folgende Geschehen nicht von seinem Willen umfasst gewesen sein kann. Er hatte auf den Ablauf der Ereignisse innerhalb des allgemeinen Kriegsgeschehens spaetestens mit seinem Flug nach England keinen Einfluss mehr. Es widerspricht allen Grundsaeetzen des Strafrechts, wie sie sich aus den Rechtsordnungen aller zivilisierten Voelker herleiten, jemand fuer Handlungen und fuer einen Erfolg strafrechtlich verantwortlich zu machen, auf die er keinen Einfluss hatte und auch nicht mehr nehmen konnte und die er nicht in seinem Willen aufgenommen hat.

In diesem Zusammenhang ist noch auf die Behauptung der Anklagevertretung einzugehen, dass der Angeklagte Hess seinen Flug nach England



nicht in der Absicht unternommen habe, damit gunstige Bedingungen fuer Friedensverhandlungen zu schaffen. Seine Absicht sei es vielmehr gewesen - so argumentiert die Anklage - damit Deutschland den Ruecken fuer den gegen die Sowjet-Union geplanten Feldzug freizumachen. Die von der Anklagevertretung vorgelegten Dokumente vermoegen diese Annahme nicht zu begruenden. Dem steht zunaechst die Tatsache entgegen, dass der Angeklagte Hess den Entschluss zu dem Flug bereits im Juni 1940 gefasst hat, also zu einer Zeit, zu der niemand in Deutschland an einen Feldzug gegen die Sowjet-Union gedacht hat. Aus dem Brief, den der Angeklagte Hess hinterlassen hat und der Adolf Hitler zu einer Zeit ausgehaendigt wurde, als Hess bereits in England gelandet war, ergibt sich vielmehr mit aller Deutlichkeit, dass Hess von dem bevorstehenden Feldzug gegen die Sowjet-Union keine Kenntnis hatte. Der Angeklagte Hess hat in diesem Brief - das steht auf Grund der Bekundungen der Zeugin Fath fest - mit keinem Wort davon gesprochen, dass er mit seinem Flug beabsichtigte, Deutschland in den Ruecken fuer den bevorstehenden Feldzug gegen die Sowjets freizumachen. In diesem Brief hat Hess die Sowjet-Union mit keinem Wort erwaeht. Es muss mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass Hess auf diese Frage eingegangen waere, wenn er von dem geplanten Angriff Kenntnis gehabt und er vor allem mit seinem Flug die Absicht verbunden haette, die nunmehr die Anklage behauptet.

Aber selbst wenn Hess eine sichere Kenntnis von dem geplanten Feldzug gegen die Sowjet-Union besessen haette, so wuerde das der Annahme eines Strafaufhebungsgrundes fuer die folgende Zeit nicht entgegen stehen. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, hat Hitler den Angriff auf die Sowjet-Union nicht zuletzt in der Erwaegung befohlen, dadurch einem bevorstehenden Angriff der Sowjets zuvorzukommen. Es kann im Rahmen der zu hier pruefenden Frage dahingestellt bleiben, ob ein derartiger Angriff von Seiten der Sowjet-Union tatsaechlich geplant war und bevorstand. Die Angaben des Angeklagten Jodl im Zeugenstand muessen das mindestens als sehr wahrscheinlich, wenn nicht als sicher erscheinen lassen. Entscheidend ist hier lediglich, dass Hitler auf Grund der ihm vorliegenden



Meldungen subjektiv dieser Auffassung war. waere es nun dem Angeklagten Rudolf Hess gelungen, in England die Voraussetzungen fuer Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu schaffen, so waere damit die politische und militaerische Lage in Europa so grundlegend veraendert worden dass unter diesen veraenderten Umstaenden ein Angriff der Sowjet-Union auf Deutschland als sehr unwahrscheinlich und die von Hitler gehegten Befuerchtungen als unhaltbar gelten mussten. Der von dem Angeklagten Hess mit seinem Flug nach England unternommene Versuch wuerde seinen Charakter als Strafaufhebungsgrund fuer alles nach dem 10. Mai 1941 und in Ausfuehrung des von der Anklage behaupteten gemeinsamen Planes Geschehene sogar dann noch behalten, wenn man die Auffassung vertreten wuerde, dass nicht die Befuerchtung eines bevorstehenden sowjetischen Angriffs Hitler zu seinem Entschluss veranlasst hat, sondern die wirtschaftliche Zwangslage, in der sich damals Deutschland infolge des Scheiterns der Invasion gegen England befand. Denn bei einer Beendigung eines Krieges mit England haette auch diese wirtschaftliche Zwangslage Deutschlands ihr Ende gefunden, mindestens aber ihre Schaerfe verloren.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Angeklagte Hess hat mit seinem Flug nach England und den damit verbundenen Absichten zur Wiederherstellung des Friedens, unter Einsatz seiner ganzen Person einen Versuch unternommen, der erkennbar dem Willen entsprang, unter allen Umstaenden weiteres Blutvergiessen zu vermeiden. Bei Anwendung der Rechtsgrundsaeetze, wie sie sich aus dem Strafrecht aller zivilisierten Voelker herleiten und insbesondere bei Anwendung des deutschen Strafrechts, das im Zweifel in dieser Frage zugrundezulegen ist, muss daraus der Schluss gezogen werden, dass die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten Hess sich auf jeden Fall auf Handlungen beschraenkt, die vor dem Flug nach England begangen wurden.

Der vergangene Krieg hat in einem kaum vorstellbaren Ausmass Unglueck ueber die ganze Menschheit gebracht, er hat aus Europa einen aus tausend Wunden blutenden Erdteil gemacht und Deutschland als ein Truemmerfeld hinterlassen. Es erscheint sicher, dass beim gegenwaertigen Stand der modernen Technik die Menschheit die Katastrophe eines neuen Weltkrieges nicht ueberleben wuerde. Er wuerde nach menschlicher Voraussicht die Zivilisation, die schon in diesem Krieg unsagbar gelitten hat, vollends vernichten. Es erscheint daher nur zu verstaendlich, wenn unter diesen Umstaenden im Namen der um ihre Existenz ringenden Menschheit der Versuch gemacht werden soll, auch von der rechtlichen Seite aus nichts unversucht zu lassen, um die Wiederholung einer derartigen Katastrophe zu verhindern.

Es kann jedoch nich zweifelhaft sein, dass das Recht, so gross auch sonst seine Kraft im gesellschaftlichen Leben sein mag, in der Bekaeempfung des Krieges nur eine untergeordnete Rolle spielen kann. Dies gilt ohne Einschraenkung, so lange die Gemeinschaft der Voelker sich zusammensetzt aus souveraeenen Staaten, die keine von einer hoeheren Instanz abgeleitete Rechtsordnung anerkennen und so lange es kein Verfahren und keine Organisation gibt, die kraft eigener Machtbefugnis rechtsgestaltend die berechtigten Ansprueche der Voelker abgrenzen und miteinander in Einklang bringen koennte. So lange diese Voraussetzungen nicht erfuehrt sind, vermag das Recht auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen nicht die ordnende Kraft zu sein, die es im innerstaatlichen Leben in Folge der hinter ihr stehenden Staatsgewalt ohne weiteres ist. So verlockend auch der Versuch sein mag, auf den Truemmern, die uns der vergangene Weltkrieg hinterlassen hat, wenigstens ein verbessertes und kraftvolleres Voelkerrecht zu schaffen - dieser Versuch muss von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, wenn er nicht zugleich Teil einer umfassenden Neuordnung saemtlicher internationaler Beziehungen ist und

das internationale Recht nicht zugleich wesentlicher Bestandteil einer Ordnung ist, die die unverzichtbaren Rechte aller Voelker gewaehrleistet und insbesondere die Erfuellung der berechtigten Ansprueche aller Voelker auf eine entsprechende Beteiligung an den materiellen Guetern der Welt sicherstellt. Das Statut fuer das Internationale Militaertribunal ist unzweifelhaft nicht ein Teil einer solchen allgemeinen neuen Ordnung. Es wurde von den Siegerstaaten mit begrenzter Zeitdauer, naemlich als Grundlage fuer ein Strafverfahren gegen die Staatsmaerner, militaerische Befehlshaber und Wirtschaftsfuehrer der im Krieg unterlegenen Achsenmaechte erlassen. Der Inhalt des Londoner Abkommens laesst das Statut fuer das Internationale Militaertribunal, das einen wesentlichen Bestandteil dieses Abkommens bildet, allein schon im Hinblick auf die im Artikel 7 vorgesehene zeitliche Beschraenkung auf ein Jahr als eine Gesetzgebung ad hoc erscheinen. Tatsaechlich kann es kaum mehr zweifelhaft sein, dass wesentliche Teile des Statuts nicht im Einklang mit der gemeinsamen Ueberzeugung aller Mitglieder der Voelkerrechtsgemeinschaft stehen - dass sie also nicht wirklich geltendes Voelkerrecht darstellen. Unter diesen Umstaenden koennte eine Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen den Frieden und wegen Teilnahme an einem gemeinsamen Plan zum Beginn eines Angriffskrieges entgegen dem geltenden Voelkerrecht nur erfolgen, wenn das Tribunal unter Verletzung des Grundsatzes "nulla poena sine lege" sich zu einer richterlichen Fortentwicklung des Voelkerrechts entschliesen wuerde. So gross diese Versuchung auch sein mag - die sich daraus ergebenden Folgen koennten unabsehbare sein. Es wuerde nicht nur ein Grundsatz verletzt werden, der sich aus den Prinzipien des Strafrechts aller zivilisierten Voelker ableitet und der insbesondere ein integrierender Bestandteil des internationalen Rechts ist, dass naemlich eine Handlung nur dann mit einer Strafe belegt werden kann, wenn die...

HESS

Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Vor allem aber im Hinblick darauf, dass in dem gegenwaertigen Verfahren Tatsachen bewiesen wurden, die die Gerichtsbarkeit in Punkt I und II der Anklage und die Zustaendigkeit des Tribunals insoweit ausschliessen, muesste die Verletzung des Grundsatzes nulla poena sine lege in Verbindung mit diesen besonderen Umstaenden die Idee des Rechts ueberhaupt in Frage stellen. <sup>hier Kleindorck S. 437</sup> Eine Verletzung so fundamentaler Grundsaeetze jeder Rechtserdnung und zwar jeder internationalen, wie sie in dem Satz nulla poena sine lege und vor allem in dem weiteren Satz enthalten sind, dass niemand in eigener Sache Richter sein kann, wuerde nicht nur jede Fortentwicklung des Voelkerrechts hemmen, sondern darueber hinaus unfehlbar zu vermehrter Rechtsunsicherheit fuehren. Soll der Weg fuer eine wirkliche Fortentwicklung des internationalen Rechts nicht verschuettet werden, dann kann als Rechtsgrundlage fuer das Urteil dieses Gerichts nur das wirkliche, zur Zeit geltende Voelkerrecht angesehen werden.

\*\*\*\*\*